:antifaschistische nachrichten **Nr. 18**

g 3336 6.9.2007 23. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Mügelns Bürgermeister als Stichwortgeber der NPD

SACHSEN. Der Bürgermeister von Mügeln, Gotthard Deuse (FDP) hat der „Jungen Freiheit" ein Interview gegeben. Dazu Kerstin Köditz, Sprecherin für antifaschistische Politik der Linksfraktion im sächsischen Landtag:

„Konnte man die bisherigen öffentlichen Äußerungen des Mügelner Bürgermeister zu den rassistischen Übergriffen beim Altstadtfest noch bestenfalls als unklug bezeichnen, so sind inzwischen keinerlei Entschuldigungen für ihn mehr möglich. Es ist und bleibt ein Skandal, wenn sich ein Mandatsträger einer demokratischen Partei als Gesprächspartner einer Zeitung wie der „Jungen Freiheit" zur Verfügung stellt, deren inhaltliche Ausrichtung sich an einem völkischen Nationalismus orientiert. Deuse vergrößert den Skandal noch dadurch, dass er sich im Interview zum Stichwortgeber der NPD macht. Er übernimmt direkt die sprachlichen Vorgaben dieser Partei, wenn er davon redet, sein Ort drohe ‚ein zweites Sebnitz' zu werden. Die auch von der Polizei geteilte Einschätzung des pogromähnlichen Überfalls als fremdenfeindlich sei seiner Meinung nach ‚eine rechtsstaatlich mangelhafte Unreflektiertheit' und ein ‚Skandal'. Er sei ‚stolz darauf, Deutscher zu sein'. Mit diesem Interview ist Deuse als Bürgermeister untragbar geworden.

Ich sehe mit großer Sorge, dass inzwischen die extreme Rechte Mügeln für sich zu instrumentalisieren versucht. Dies geschah gestern durch einen Brief des NPD-Landesvorsitzenden an die Einwohner Mügelns, der in der Ausrichtung ähnlich ist wie die aktuellen Aussagen Deuses. Dies geschieht über diverse Neonazi-Seiten im Internet, die nach dem Überfall ein ‚Weiter so' fordern und erklären, Mügeln sei ‚gut gewesen'. Für mich ist es unerträglich, dass die betroffenen und verletzten Inder dabei immer mehr in eine Täterrolle gedrängt werden. In seiner Weise ist auch Gotthard Deuse an dieser Kampagne beteiligt. Das ist eines demokratischen Politikers unwürdig!"

PM Kerstin Köditz, MdL, 30.8.2007
antifa-info@linkspartei-sachsen.de ■

Inhalt:

Der „Zug der Erinnerung" kommt 8



Das Friedensdorf San José de Apartadó in Kolumbien und Jupp Steinbusch, der Begründer des Aachener Kinderzirkus „Pinocchio", haben den Aachener Friedenspreis 2007 erhalten. Das Friedensdorf San José de Apartadó ist eines von mittlerweile 50 Friedensgemeinden in Kolumbien. Der Aachener Kinderzirkus „Pinocchio" ist u.a. in den ehemaligen Kriegsgebieten Bosnien, Kroatien und Serbien aufgetreten. Das Foto zeigt die Demonstration am 1.9. vor der Preisverleihung. *www.arbeiterfotografie.com*

Bunt statt braun

für Demokratie und Zivilcourage gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

HANNOVER. Unter dieser Überschrift wird zu der von einem breiten Aktionsbündnis (bisher 113 aufrufende Parteien, Organisationen und Gruppen) beschlossenen Kundgebung und Demonstration gegen den Wahlkampfauftritt der NPD am 15. September in Hannover aufgerufen.

Am 23.8. trafen sich auf Einladung des DGB-Vorsitzenden Niedersachsen-Mitte 120 Menschen, um gegen das Auftreten der NPD zu beraten. „Vertreten waren alle demokratischen Parteien, einige Migrantenverbände, drei Gewerkschaften, das jüdische Leben, viele Initiativen, Organisationen und Verbände", so der DGB.

Die Möglichkeit, so einen breiten Protest zu nutzen, um der NPD diesen Wahlkampfauftritt zu erschweren, wurde nicht erörtert. Zumindest wurde aber der Zeitplan – nach Diskussionen – so gestaltet, dass der rechtzeitige Protest vor der Halle beim Eintreffen der Veranstaltungsteilnehmer an der NPD-Kundgebung möglich ist.

Um ein möglichst breites Bündnis zu erreichen, wurde auf eindeutigere Kritik an den Inhalten der NPD verzichtet, obwohl dafür gesprochen wurde. Der Forderung, „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen" in den Aufruf aufzunehmen, wurde nicht entsprochen, obwohl es dafür Zustimmung gab. Die Forderung „Verbot der NPD" wurde aufgenommen. Die Forderung der FDP und einer Vertreterin der Naumann-Stiftung, einen Passus „gegen Gewalt von rechts und links" in den Text aufzunehmen, wurde abgelehnt.

Sehr bedauerlich ist die Tatsache, dass die unterzeichnenden Gruppen nicht auf dem Flugblatt aufgeführt sind. Sie sind auf der Internetseite des DGB (www.hannover.dgb.de) einzusehen, die öffentliche Wirksamkeit ist aber eingeschränkt.

Erfreulich die Tatsache, dass das „Fest für Demokratie" der Stadt Hannover, das parallel zur Demonstration geplant war, wegen der Demonstration und Kundgebung auf den Nachmittag verlegt wurde.

Wie sehr dieses Treffen unter Zeitdruck stand, wird nicht nur daran deutlich, dass die inhaltliche Diskussion nur einen eingeschränkten Zeitraum hatte, sondern auch daran, dass unangefochten die Wählergemeinschaft „Wir für Hannover" (WfH) an der Sitzung teilnehmen und auch den Aufruf unterzeichnen konnte.

Die WfH vertritt z. B. in ihrem Programm: „Bei nicht integrationswilligen Ausländern muss daher durch entsprechende Maßnahmen ein entsprechend großer Integrationsdruck erzeugt werden (Kürzung der Sozialleistungen)" oder

Fortsetzung Seite 3

Euro-Gegner verstorben

DÜSSELDORF. Verstorben ist am 20. August der Gründer der „Effecten-Spiegel AG“ und langjährige Herausgeber des gleichnamigen Börsenjournals, Bolko Hoffmann. Der Multimillionär, der auch Großaktionär bei der Nachrichtenagentur ddp war, beschaffte den sog. „Republikanern“ in den 80iger Jahren über seine Werbeagentur ein Darlehen in Höhe von 80 000 DM. 1998 gründete der Euro-Gegner, dessen Vater während des Nazi-Regimes als NS-Gauleiter fungierte, die „Initiative pro D-Mark“ und startete eine Kampagne gegen die Einführung des Euro. Ganzseitige Zeitungsanzeigen Hoffmanns fanden sich sowohl in der „Jungen Freiheit“ als auch in „FAZ“ und „Rheinischer Post“. Trotz eines millionenschweren Wahlkampfes erzielte „Pro D-Mark“ bei der Bundestagswahl 1998 nur 0,9 %. 2004 versuchte Hoffmann mit der Partei „Pro Deutsche Mitte“ und Ronald Schill als Spitzenkandidat den Einzug in die Hamburger Bürgerschaft. Mit 3,1 % verfehlte er das Ziel. *hma* ■

„Pro NRW“ im Gründungsfieber

NRW/KÖLN. Die aus der extrem rechten „Bürgerbewegung pro Köln“ hervorgegangene „Bürgerbewegung pro NRW“ will Ableger in Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis gründen. Auf einer – angeblich – von über 50 Personen besuchten Versammlung in Bonn wurden die Gründungsbeauftragten vorgestellt: der 34-jährige Angestellte Markus Rodrian für Bonn und der 61-jährige Kaufmann Dieter Danielzick aus Troisdorf für den Rhein-Sieg-Kreis. Eine erste Kampagne im Stil des „Erfolgsmodells pro Köln“ sei für Bonn geplant. Mit einer „großangelegten Unterschriftenaktion“ soll die Schließung der König-Fahd-Akademie in Bad Godesberg gefordert werden.

Auch im Rhein-Erft-Kreis wird eine Teilnahme von „Pro NRW“ bei der nächsten Kommunalwahl angestrebt. Auf einer von, nach eigenen Angaben, 40 Personen besuchten Versammlung in Hürth wurde als lokaler Ansprechpartner der ehemalige „Lufthansa“-Betriebsrat Peter Normann vorgestellt.

In Pulheim habe man mit Prof. Dr. Günther Dietz bereits einen „landespolitischen Berater“ von „Pro NRW“ vor Ort. In der Heimatstadt des CDU-Ministerpräsidenten Rüttgers wolle man die „enttäuschten patriotischen und wertkonservativen CDU-Anhänger“ gewinnen, die schon seit Jahren nicht mehr an Wahlen teilnehmen.

„Mehr als 40 patriotisch gesinnte Bürger“, so „Pro NRW“, nahmen in Leverkusen an einer Versammlung teil. Dort wurde eine Kommunalwahlkandidatur im Jahr 2009 beschlossen. Die örtliche Aufbauarbeit wird dort von dem Rechtsanwalt Jörg Frischauf (38) und dem ehemaligen Leverkusener Stadtrat Willy „Buba“ Müller koordiniert.

Auch im Oberbergischen Kreis will „Pro NRW“ Fuß fassen. Bereits im Juli hatte sich in Marienheide der „Arbeitskreis Aktiver Mittelstand“ von „Pro NRW“ gegründet. Der wird von „Pro Köln“-Stadtrat Bernd M. Schöppe und dem selbständigen Abfalltechniker Klaus Oehme aus Marienheide repräsentiert. Dort kündigte Oehme bereits die baldige Gründung einer „Bürgerbewegung pro Oberberg“ an. Im Jahr 2006 erschienen von Oehme zwei Leserbriefe in der neofaschistischen Zeitschrift „Nation & Europa“. *abk* ■

PBC-Führung will „Aufbruch 2009“

KARLSRUHE. Nicht unumstritten ist unter den Mitgliedern der „Partei Bibeltreuer Christen“ (PBC) die Ankündigung ihres Bundesvorstandes, eine neue christliche Partei gründen zu wollen um die Kräfte von PBC, „Deutsche Zentrumspartei“ und „weiterer politisch interessierter Christen“ zu bündeln.

Der PBC-Landesvorsitzende Frohn aus Niedersachsen kritisierte, das hier „über die Köpfe aller hinweg“ eine „Tatsache“ geschaffen wurde. Das Ergebnis seien „unnötige Diskussionen in einer Form, die die PBC bereits intern geschädigt haben“. Unterdessen arbeitet die PBC-Führung weiter an einer neuen „politischen Sammlungsbewegung“, kurz „Aufbruch 2009“ genannt. Interesse an einer neuen christlichen Partei kommt auch aus der ÖDP und von „Lebensrechtsgruppen“. Auf der Jahreshauptversammlung des rechtskonservativen „Arbeitskreis Christlicher Publizisten“ (ACP) im April stellte der PBC-Bundesvorsitzende Walter Weiblen, ein Unternehmensberater, in einem Beitrag die aktuellen Entwicklungen dar. Auf dem Bundesdelegiertenparteitag der PBC im hessischen Kirchheim soll im Oktober die Entscheidung über den „Aufbruch 2009“ fallen.

Als Referentin wird dort u.a. die „Lebensschützerin“ Christa Meves erwartet, die vor zwei Jahren zu einem Vortrag bei der Münchner „Burschenschaft Danubia“ eingeladen worden war. *hma* ■

Klare Mehrheit für erneutes NPD-Verbotsverfahren

BERLIN. Die Bundesbürger sind eindeutig für eine Neuauflage eines Verbotsverfahrens gegen die NPD: 66 Prozent sprechen sich dafür aus, das Bundesverfassungsgericht erneut anzurufen; nur 23 Prozent sind dagegen.

Dabei sind mit 66 Prozent auch die meisten Unionsanhänger dafür; bei den SPD-Wählern finden 74 Prozent den Vorschlag gut.

Das ergab eine aktuelle Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid für den Nachrichtensender N24.

Ebenso deutlich wird der Rechtsradikalismus als ein Problem des ganzen Landes und nicht nur der neuen Länder empfunden: Nur 19 Prozent sagen, rechtsradikale Tendenzen gebe es vor allem in Ostdeutschland. 77 Prozent meinen, das Problem bestehe in Ost und West gleichermaßen.

Zwar lehnt Innenminister Schäuble ein neues Verfahren bisher strikt ab, in Teilen der SPD aber wird es inzwischen befürwortet.

28.08.2007, 13:56 Uhr, N24
Internet: www.N24.de ■

V-Leute in der NPD sind nutzlos und gefährlich

BERLIN. Zur Debatte um die Möglichkeiten eines NPD-Verbots erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke:

Unionspolitiker und Experten des Bundesinnenministeriums warnen vor dem hohen Risiko eines erneuten NPD-Verbotsverfahrens. Ein Abzug der V-Männer des Verfassungsschutzes aus den Führungsgremien der NPD könne die Bekämpfung des Rechtsextremismus schwächen. Während der gesamten Verfahrensdauer gäbe es keine Informationen aus dem Innenleben der NPD, behauptet Unionsvize Bosbach.

Ich fragte mich: wo waren denn diese Informationen bisher? Die Antworten der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Linksfraktion zum Thema Rechtsextremismus sowie unsere Kleinen Anfragen zu Nazimusik oder Waffenfunden bei Rechtsextremen waren jedenfalls eine Mischung aus Oberflächlichkeiten, Ignoranz und Verharmlosungen. Jede Antifa-Gruppe weiß offenbar besser über die Entwicklungen innerhalb der NPD und der rechtsextremen Szene Bescheid, als der Verfassungsschutz.

Oft sind die Geheimdienstspitzel zudem überzeugte Rechtsextremisten, die gezielte Desinformationen an den Verfassungsschutz liefern und dafür noch Agentenlohn erhalten.

DIE LINKE fordert daher den Abzug aller V-Leute und Geheimdienstspitzel des Bundesamtes und der Landesämter für Verfassungsschutz aus der NPD:

Stattdessen schlagen wir die Einrichtung einer mit staatlichen Mitteln finanzierte unabhängigen Beobachtungsstelle für Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus nach EU-Vorbild vor.

Fortsetzung von Seite 1

Bunt statt braun

„Ausländerinnen und Ausländer, die trotz aller Bemühungen und Maßnahmen nicht integrationswillig sind, sind in letzter Konsequenz auszuweisen."

Am 12.9. findet eine Veranstaltung unter dem Titel „NPD und extreme Rechte – Nazis auf dem Weg zum Mainstream", mit Andreas Speit (Autor und Journalist) statt. Mit dieser Veranstaltung wird zumindest der Mangel an eindeutigeren Aussagen gegen die NPD im Flugblatt kompensiert und dort ist die Kritik an der Mitwirkung der WfH aufgrund ihrer Positionen angebracht.

Spannend bleibt, wie deutlich sich die Rednerinnen und Redner auf den Kundgebungen gegen die Inhalte der NPD aussprechen. In einer Information des DGB zu den Rednerinnen/Rednern heißt es: „.... Auf Rednerinnen und Redner der Parteien wird verzichtet zugunsten einer eher gesellschaftlichen und inhaltlichen Auswahl: Oberbürgermeister (angefragt), Kirche, Gewerkschaft, Jüdisches Leben, Migranten/innen, NS-Verfolgte, Jugend. ... Informieren wird Andreas Speit, Journalist, Autor und Experte in Sachen extremer Rechter. Zugesagt haben bisher der Bezirksleiter der IG Metall Hartmut Meine und die Landesbischöfin Margit Käßmann."

Es ist davon auszugehen, dass es zu einem zahlenmäßig großen Protest kommt. Wenn dieser Protest über den 15.9. hinaus lebendig und praktisch bleibt, ist viel erreicht. *bee* ■

Aus dem Flugblatt „bunt statt braun"

„Für den 15. September 2007 hat die rechtsextreme NPD ihren niedersächsischen Wahlkampfauftakt im HCC in Hannover angekündigt. Geschickt getarnt gibt sich die NPD im Wahlkampf bieder – und kooperiert zugleich intensiv mit den gewaltbereiten und gewalttätigen Kadern der eigenen Partei und der sog. Freien Kameradschaften.

Rassismus, Hass auf die Demokratie, Verherrlichung des Nationalsozialismus und faschistische Ideologie sind erst auf den zweiten Blick erkennbar. Jugendliche sollen über eine eigene ›Schülerzeitung‹ agitiert werden. Eine ›Schulhof-CD‹ mit rechtsextremer Musik ist ebenfalls zu erwarten.

Die Zahl rechtsextremer Straftaten – auch in Niedersachsen – nimmt ständig zu, die Nazi-Szene wird gewalttätiger. Sie verkauft sich zugleich als Hoffnungsträger für sozial Schwache, hetzt gegen Migrantinnen und Migranten und bemüht sich um die Rekrutierung Jugendlicher.

Der 15.09. ist für die NPD mehr als ein lokales Ereignis: So ist der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt angekündigt. Aber auch führende Repräsentanten der neonazistischen ›Freien Kameradschaften‹ wie Christian Worch aus Hamburg und Dieter Riefling aus Duingen bei Hildesheim sollen dort reden.

Wir werden uns diesem Geschehen entgegenstellen. Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz haben in unserer Stadt keinen Platz! Wir stehen für eine weltoffene und demokratische Gesellschaft. Wir wenden uns entschieden gegen Rassismus und Antisemitismus. Der extremen Rechten und ihren Ideologien erteilen wir eine klare Absage. Wir erwarten ein konsequentes Vorgehen der Städte und Gemeinden gegen Veranstaltungen und Auftritte der Nazis. Die NPD muss endlich verboten werden.

Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger auf, gemeinsam mit uns friedlich gegen den braunen Spuk zu protestieren und zu demonstrieren." ■



bunt statt braun

für Demokratie und Zivilcourage gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

15. September 2007, Hannover

www.hannover.dgb.de

Wir haben dazu konkrete Finanzierungsvorschläge unterbreitet. Allerdings haben SPD und Union das im Parlament abgelehnt und stattdessen das Geld den Geheimdiensten zugeschlagen.

Um nachzuweisen, dass die NPD eine verfassungsfeindliche Partei ist, braucht man wahrlich keine V-Leute. Volksverhetzende, rassistische und antisemitische Äußerungen in der Parteipresse und in den Reden ihrer Funktionäre, die Beteiligung von Anhängern der NPD an Gewalttaten und ihr aggressives Auftreten auf Demonstrationen ist auch ohne Geheimdienstspitzel in den Gremien der Partei eindeutig erkennbar.

Ulla Jelpke, MdB
Innenpolitische Sprecherin
Fraktion DIE LINKE ■

Nazis bei Heß-Propaganda-aktionen festgenommen

AUGSBURG. Laut Polizeibericht und Augsburger Allgemeine wurden am 15. August in Augsburg sechs Neonazis festgenommen.

Die Rechtsextremisten, die bis auf eine Person alle aus dem Augsburger Stadtgebiet kommen, wurden laut Polizeibericht gegen 0.40 Uhr an der Straße „Am Schwall" von einer Zivilstreife aufgegriffen.

In dem Fahrzeug der Rechten fand die Polizei ca. 100 Plakate, mehrere Hundert Flyer und sechs Transparente. Beim Fahrer des PKW wurde ein Blutalkoholwert von 1,2 Promille feststellt. Es ist anzunehmen, dass die Neonazis den Todestags des Hitlerstellvertreters Rudolf Heß für eine Propagandaaktion nutzen wollten.

Nach dem Verbot des Heßmarsches in Wunsiedel hielten neonazistische Organisationen bundesweit Ersatzveranstaltungen ab. Eine davon auch in München.

Die Aktion in Augsburg wurde auf dem Internetforum treffend bewertet: „Die Tat ist deshalb so dumm, da die Nazis wohl völlig blauäugig an dem Vorabend eines Feiertags, in den Schul- und Semesterferien und während zweier großer Technopartys und diverser anderer Feiern glaubten, unbehelligt ihre große Plakataktion durchziehen zu können. Dass sie es aber scheinbar schafften, bereits erwischt zu werden, bevor auch nur ein Aufkleber/Plakat geklebt wurde spricht absolut für den nationalen Widerstand." *j.c* ■

Neonazis in Viernheim und Mannheim

MANNHEIM. Der DGB-Ortsverband Viernheim, der DGB-Kreisverband Bergstraße und die DGB-Region Südhessen begrüßen, dass der Versuch eines Neonazi-Aufmarsches in der Viernheimer Innenstadt (am 18. August 2007, Todestag des Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess, die Red.) innerhalb von wenigen Minuten unterbunden wurde. „Der Zivilcourage der Viernheimer Bürgerinnen und Bürger sowie dem raschen und entschlossenen Eingreifen der Polizei ist es zu verdanken, dass der Versuch, den Nazi-Verbrecher Rudolf Hess in Viernheim hochleben zu lassen, gescheitert ist", betont DGB-Organisationssekretär Horst Raupp (Darmstadt).

„Kein vernünftiger Mensch, nur politische Dummköpfe und braune Verbrecher wünschen sich die Zeit der Nazi-Diktatur zurück. Für braune Verbrecher, Holocaustleugner und Geschichtsfälscher ist in Viernheim kein Platz. Viernheim und die Bergstraße sind bunt, nicht braun". Gegen die Personen, die in Viernheim den Faschistengruß gezeigt haben, hat der DGB bei der Staatsanwaltschaft

Darmstadt Strafanzeige erstattet wegen Volksverhetzung und der Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole.

Der DGB unterstützt ausdrücklich die Aktion des Viernheimer Tageblatts „Ihre Stimme gegen Rechts“: Mit der Aktion soll erreicht werden, dass die Deutsche Post AG das „braune Postfach“ mit der Nummer 1813, das die Neonazis bei der Post in Viernheim unterhalten, kündigt. Der DGB ruft alle Gewerkschaftsmitglieder sowie alle Viernheimer Bürgerinnen und Bürger auf, die Aktion des Viernheimer Tageblatts zu unterstützen.

Horst Raupp, Organisationssekretär, DGB Darmstadt



In Mannheim wurden am 20.8. in der Herzogenriedstraße (an der das Landesgefängnis liegt) Plakate in 3 m Höhe gesichtet: „Freiheit für Ernst Zündel“ (Bild) und mit Lobeshymnen für Rudolph Hess. Herausgeber: „Deutsche Liste“ Weinheim. Die Plakate wurden nach einer Anzeige bei der Polizei entfernt. ■

Honsik verhaftet

ÖSTERREICH. Nach 15 Jahren ist die Flucht von Gerd Honsik zu Ende: Der Neonazi wurde am 23. August im andalusischen Torremolinos verhaftet und wartet nun auf seine Auslieferung nach Österreich. Noch am Tag der Verhaftung riefen österreichische und deutsche Neonazis im Internet dazu auf, beim spanischen Justizministerium zu protestieren.

Tatsächlich ist Honsik so etwas wie ein Säulenheiliger der Szene, der er seit den späten 1950er Jahren angehört. Im spanischen Exil, wo er unter anderem den damals ebenfalls flüchtigen ehemaligen Generalmajor der Wehrmacht und Holocaustleugner Otto Ernst Remer betreute, konnte Honsik auch seine internationalen Kontakte – vor allem in arabische Staaten und in den Iran – ausbauen und festigen. Zudem setzte er seine einschlägige Betätigung fort: Neben dem Verfassen und Vertreiben zahlreicher Bücher und seiner antisemitischen Hetzschrift HALT betrieb Honsik auch eine eigene Homepage. In letzter Zeit belästigte er zudem PolitikerInnen und JournalistInnen mit einer wahren Flut an E-mails. Nationalratsabgeordnete Bettina Stadlbauer (SPÖ) nahm die Honsik-Spams zum Anlass für parlamentarische Anfragen an Innenminister Platter (ÖVP) und Justizministerin Berger (SPÖ). Honsik selbst beantwortete diese: Er sei ein Opfer von „Willkür“ und eines „Meineides des unredlichen Sachverständigen Prof. Jagschitz“. Offen räumte er ein paar Tage vor seiner Verhaftung ein, nach wie vor über Kontakte nach Österreich zu verfügen, insbesondere zu seinem „Freund Dr. Herbert Fritz“. Tatsächlich organisierte der Herausgeber der rechtsextremen Zeitschrift „Der Völkerfreund“ bereits 1999 eine „Leserreise“ zu Honsik, an welcher 130 Fans des „verfolgten Dichters“ teilgenommen haben sollen. Zuletzt veröffentlichte Fritz Anfang 2003 eines der antisemitischen „Gedichte“ Honsiks.

Neues von ganz rechts - August 2007, www.doew.at ■

Fröhlich vor neuer Anklage

WIEN. Ende August wurde Wolfgang Fröhlich neuerlich in Untersuchungshaft genommen. Der Wiener Holocaustleugner rief im Frühsommer 2007 eine Arbeitsgemeinschaft „SOS Stalinismus!“ ins Leben und appellierte „an alle anständigen Österreicher“, sie mögen doch mit ihm für die Abschaffung des § 3h Verbotsgesetz eintreten. Laut eigenen Angaben seien bereits an die 30.000 Unterschriften eingelangt. Paragraph 3h Verbotsgesetz stellt die Leugnung, Gutheißung, Relativierung und Verharmlosung von NS-Verbrechen unter Strafandrohung. Als Motiv für die Einführung dieses Tatbestandes gab Fröhlich in seinem „Appell“ den „Leuchter-Bericht“ an: Dieses „naturwissenschaftliche Gutachten“ im Auftrag des deutsch-kanadischen Neonazis Ernst Zündel hätte den „Gaskammerschwindel“ endgültig aufgedeckt, daher musste „Zion“ aktiv werden und eine Ausweitung des Verbotsgesetzes durchsetzen.

Fröhlich war erst im August 2005 zu vier Jahren Haft verurteilt worden. Im Februar 2006 reduzierte der OGH das Strafausmaß auf 18 Monate, der Neonazi wurde kurz darauf entlassen. Die fünfjährige Probezeit hielt Fröhlich bereits nicht davon ab, im Dezember 2006 an der Holocaustleugner-Konferenz in Teheran teilzunehmen.

Neues von ganz rechts - August 2007, www.doew.at ■

Anhaltender Protest gegen Thor Steinar

MAGDEBURG. Seitdem am 27. Juli der Thor Steinar-Laden „Narvik“ in der Grünen Zitadelle in Magdeburg eröffnet hat, wurde dem Laden nicht nur postwendend wieder gekündigt, sondern es findet auch wöchentlich mittwochs eine Kundgebung gegen Thor Steinar und im Speziellen gegen den Laden statt. Obwohl dem Geschäft gekündigt wurde, ist der Zeitpunkt des Auszuges bis zum Ende des derzeitigen Rechtsstreits zwischen den „Narvik“-Betreibern und den Vermietern, der Gero AG, weiterhin unklar. Am Freitag, dem 17. August, fand die dritte Kundgebung in Folge statt und wie jede Woche wurde erneut zahlreiches Infomaterial zu Thor Steinar an PassantInnen verteilt. Gegen 17 Uhr wurde die Kundgebung, an der zwischenzeitlich circa 40 Menschen teilgenommen hatten, beendet. Für den gesamten Zeitraum hatte der Laden „Narvik“ seine Türen verschlossen gehalten.

Sandra Bergmann, Pressesprecherin Antifa Infoportal Magdeburg Mail: die-perfekte-welle@gmx.de Web: www.a-i-p.tk ■

Kalter Krieg in Stukenbrock/OWL?

STUKENBROCK-SENNE. Auf dem Gelände des Sowjetischen Soldatenfriedhofs im ostwestfälischen Stukenbrock-Senne, also zwischen Bielefeld und Paderborn, spielt sich eine groteske Wiederbelebung des antikommunistischen Kalten Krieges ab. Im Mittelpunkt steht das von Überlebenden des Kriegsgefangenenlagers StaLag 326 errichtete Mahnmal.

Während des Zweiten Weltkrieges durchliefen unzählige Kriegsgefangene, allen voran die der sowjetischen Roten Armee, das so genannte Stammlager 326 in Stukenbrock-Senne. Nach wissenschaftlichen Schätzungen und Berichten der Überlebenden wurden an die 65.000 Menschen an jenem Ort ermordet. Auch wenn dieser Massenmord nicht planmäßig und industriell verlief, sondern die Menschen an Unterernährung, Krankheiten und generell den schrecklichen Zuständen im Lager starben, ist Stukenbrock zumindest in den ehemaligen Staaten der Sowjetunion zu einen Synonym für die barbarischen Verbrechen des deutschen Faschismus geworden. Der bei der Befreiung durch die vorrückende US-Army am 2. April 1945 anwesende Kriegsberichterstatter John M. Mecklin schrieb in einem Zeitungsartikel Folgendes: „If any Americans who were here today had not learned to hate the Germans, they have learned it now. ... It is a place of filth and wrecthedness, so vile that several of our troops were sick to their stomachs. An average of 15 to 20 men have been dying here every day for three years of starvation. This is a place to remember when Nazism is brought to an accounting.“

Zum Andenken an ihre getöteten Kameraden legten die Überlebenden im April/Mai 1945 einen Friedhof an mit ei-

nem Obelisken als Denkmal. Die Spitze bestand aus einer roten Fiberglasfahne mit Hammer und Sichel; die damalige Fahne der Sowjetunion als dem Staat ihrer Herkunft. Der Friedhof fiel schon kurz nach dem Ende des Krieges dem Vergessen anheim, so wie die Geschichte des NS generell ausgeblendet wurde in der neu gegründeten BRD. Im Zeichen des aufziehenden Kalten Krieges stand der Feind mal wieder im Osten. In diesem politischen Klima ordnete Ende der 1950er Jahre die damalige CDU-Landesregierung die Entfernung der Fahne an. Freilich nicht nur, denn eigentlich sollte der ganze Friedhof verschwinden, wogegen jedoch die britische Besatzungsverwaltung Einspruch erhob. Schließlich war die Sowjetunion Teil der Anti-Hitler-Koalition gewesen. An die Spitze des Obelisken setzte man nun ein orthodoxes Kreuz. Aber nicht alle Soldaten der Roten Armee gehörten diesem Glauben an oder waren überhaupt gläubig. Dieses Kreuz steht dort bis zum heutigen Tag.

Im Jahr 2004 ersuchten einige Überlebende des StaLag 326 den Arbeitskreis (AK) „Blumen für Stukenbrock“, der seit 1967 jeweils am ersten Septemberwochenende eine Gedenkveranstaltung auf dem Friedhof organisiert, sich für die Wiederherstellung des Obelisken in seinem Ursprungszustand einzusetzen. Mit dem 60. Jahrestag der Befreiung des StaLag am 2.4.2005 trat der AK damit an die Öffentlichkeit und an die zuständigen öffentlichen Stellen in der Landes- und Bezirksregierung. Nach einigem Hin und Her und Gesprächen u.a. mit Vertretern der russisch-orthodoxen Kirche sah alles nach einem guten Ende aus. Aber weit gefehlt. Wie zugesichert wurde das Denkmal in den letzten Wochen und somit rechtzeitig zur Gedenkveranstaltung am 1.9. restauriert, bis auf eine Kleinigkeit: die rote Fahne. Auf Anfragen des AKs versuchen sich die betreffenden Regierungs- und Verwaltungsstellen zur Zeit herauszureden. Entweder sind sie nicht zuständig oder es wird auf rechtliche Bedenken hingewiesen, weiterer Gesprächsbedarf angemahnt oder aber die Entscheidung der vorherigen rot-grünen Landesregierung durch den damaligen Bauminister Vesper als nicht Rechtens bezeichnet. Auf die Fahne selber und den Wunsch der Überlebenden geht man mit keiner Silbe ein.

Wir, als Antifaschistisches Kreisplenum Gütersloh und Veranstalter des jährlichen antifa_workcamps in Stukenbrock-Senne, unterstützen das Ansinnen des AKs und fordern die Landes- sowie die Bezirksregierung dazu auf, dem Wunsch der Überlebenden des StaLag 326 unverzüglich nachzukommen und das von ihnen errichtete Denkmal wieder in seinen Ursprungszustand zu versetzen!

Antifaschistisches Kreisplenum Gütersloh 29.8.2007 ■

Keine NS-Verherrlichung am 8. September!

Jena. Die Bands, die beim „2. Fest der Völker“ am 8. September auftreten sollen, stellen sich offen in die Tradition des 3. Reiches. Allesamt dem „Blood and Honour“-Spektrum angehörend, positionieren sie sich bewusst in einer Linie mit der historischen Hitler-Jugend und der Waffen-SS. Der Stadtverwaltung Jena, der vor wenigen Tagen noch ein Internetvideo als Verbotsgrund des Heß-Marsches vom 18. August genügte, weigert sich weiterhin, das „Fest der Völker“ als das anzusehen, was es ist: Eine Weiterführung der verbotenen internationalen „Blood and Honour“-Strukturen unter dem Deckmantel der NPD.

Nach den einschlägigen Inhalten braucht man bei den fünf internationalen Nazibands, die auftreten sollen, nicht lange suchen. „Brutal Attack“ aus England beziehen sich beispielsweise explizit auf Adolf Hitler und dessen Stellvertreter Rudolf Heß:

„Ich verließ deine Seite einst bei meinen Flug für den Frieden,

aber ich konnte nicht wissen, dass der Tod mein einziger Ausweg sein wird

46 Jahre verbrachte ich allein, ich diente dir noch am Ende.

Für mich warst du mein Führer und ich dein loyalster Freund.“

(Brutal Attack - Proud to serve / http://lyrics.songtext.name/Brutal%20Attack/Proud-To-Serve-61678.html)

Die Band existiert seit 1980 und trat bereits mit dem „Blood and Honour“-Gründer Ian Stuart auf. Ihre internationale Bedeutung ist als erheblich einzuschätzen. In einem Internetvideo sieht man die Band vor einem „Blood and Honour“-Transparent spielen. Im Publikum wird der Hitler-Gruß gezeigt. (http://www.youtube.com/watch?v=yUfo7MEYaTo)

Zum Netzwerk gehören auch die Tschechen von „Conflict 88“. Die Zahl 88 ist ein beliebter Code der Neonazis für den achten Buchstaben im Alphabet und bedeutet „Heil Hitler“. Auf den Seiten der NPD wurde die Zahl weggelassen und die Band wird schlicht als „Conflict“ angekündigt. (siehe Naziseite http://f-d-v.de/deutschland/index.php?fdv=programm)

Die deutsche „Blood and Honour“-Sektion wurde bereits 2000 verboten. Die Übersetzung „Blut und Ehre“ war auf den Fahrtenmessern der Hitler-Jugend eingraviert, das Nürnberger Rassengesetz hieß offiziell „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“. Das Netzwerk wurde in den 1980er Jahren unter maßgeblicher Beteiligung von Ian Stuart Donaldson, dem Sänger der Rechtsrock-Band „Skrewdriver“ gegründet, der bis heute als Vorbild für rechtsextreme Rockbands gilt. Der Fortbestand der ehemaligen „Blood and Honour“-Strukturen zeigte sich nicht zuletzt im Rahmen einer bundesweiten Aktion gegen Nachfolgeorganisationen 2006. Am 7. März durchsuchte das BKA bundesweit 120 Wohnungen von Neonazis, darunter auch 11 in Thüringen, wegen Verdachtes auf Weiterführung der Organisation. (http://www.verfassungsschutz.thueringen.de/vsberichte/2006/vsb2006.htm)



Mit einem Verbot der Naziveranstaltung durch die Stadtverwaltung ist trotz der offensichtlichen Zusammenhänge und der menschenverachtenden Ideologie des Festes der Völker nicht zu rechnen, wie Rechtsamtsleiter Pfeiffer bereits 2006 ankündigte.

„Wir können und wollen uns nicht auf Entscheidungen von oben verlassen. Wir können uns nicht auf eine Stadtverwaltung verlassen, die auch dann untätig bleibt und Gegendemonstranten angreift, wenn eindeutige Hinweise zu Auflageverstößen bei den Nazis vorliegen. Wir müssen die Bekämpfung des Neonazismus und dieses europaweiten Nazitreffens in die eigene Hand nehmen und am 8. September durch vielfältige, solidarisch verlaufende Aktionsformen behindern, wo es nur geht“, erklärt Franka Heßler für die JAPS Jena.

JAPS Jena, 28.08.2007
Ausführliche Artikel mit Quellenangaben im Internet unter: http://jena.antifa.net/fdv/index.php/Recherche/bands und http://asj.jena.antifa.net/index.php? ■

Schluss mit dem Ulrichsbergtreffen!

Österreich. Am 16.9.2007 findet in Klagenfurt in Kärnten wieder die rechtsextreme „Ulrichsberggedenkfeier“ statt. Seit 1958 treffen sich am Ulrichsberg Wehrmachts- und (Waffen-)SS-Veteranen sowie deren geistige „Nachfahren“, um bei der „Europa Heimkehrergedenkstätte“ ihrer gefallenen Kameraden zu gedenken. Unterstützt wird die Veranstaltung vom Österreichischen Bundesheer. Ebenfalls anwesend sind Politiker nicht nur aus den Reihen der FPÖ. Auch Politprominenz aus den Reihen der ÖVP und der SPÖ lässt es sich nicht nehmen, zusammen mit Kriegsverbrechern und Neonazis dem Mythos vom „Kampfes- und Opfertod“ der „anständigen Soldaten“ zu gedenken, die im „Kärntner Abwehrkampf “ ihr Leben gelassen haben.

Im Gegensatz dazu wird den Opfern der SS und der Wehrmacht bei der Gedenkfeier am Ulrichsberg kein Platz eingeräumt.

Auftritte von Spitzenpolitiker am Ulrichsberg sind keine einmaligen Ausrutscher sondern gelebte Realität. Auch Abseits der rechten FPÖ ist diese Art der Geschichtsauffassung in Kärnten politischer Alltag. Der deutschnationale Konsens besteht über alle Parteigrenzen hinweg. Mit dem völkischen Deutschnationalismus als grundlegender Ideologie der Ulrichsberggemeinschaft, bzw. ihrer Mitgliedorganisationen, geht die Paranoia vor allem Slowenischen Hand in Hand. Der politische Kampf der Partisanen gegen den Nationalsozialismus wird von den Verteidigern der Deutschen Wehrmacht zu einer Kette von angeblich jugoslawisch-nationalistisch inspirierten Verbrechen umgelogen – da klingt noch die „Bandenbekämpfung“ der nationalsozialistischen Propaganda nach.

Während der bewaffnete antifaschistische Kampf der Partisanen in völlig verzerrter Form im „deutsch-kärntner“ Geschichtsbewusstsein instrumentalisiert wird, werden andere Kapitel der slowenischen Geschichte Kärntens völlig verschwiegen – z.B. die „Aussiedlung“ von ca. 1000 Kärntner Slowenen am 14./15. April 1942. Binnen einer Stunde mussten die Menschen ihre Häuser verlassen, sie wurden zunächst nach Ebenthal gebracht, mussten dort die Übergabe ihres Vermögens bestätigen, erhielten eine Nummer statt ihres Namens und wurden weiter in Lager im „Altreich“ geschickt.

Um gegen das braune Treiben am Ulrichsberg zu demonstrieren, organisiert der „AK gegen den Kärntner Konsens“ zeitgleich zum Treffen der Rechtsextremisten am 16.9.2007 eine Demonstration und einen Aktionstag. Die Organisatoren wollen damit an die erfolgreichen Proteste gegen das Gebirgsjägertreffen in Mittenwald oder an die Kampagne gegen die Annaberggedenkfeier in Schliersee anknüpfen.

Denn eines haben diese Treffen alle gemeinsam: Lange Zeit fanden und finden in den alpenländischen Regionen rechtsextreme Gedenkfeiern statt, die sich seit Jahrzehnten etabliert haben und Rückendeckung in der ansässigen Bevölkerung finden. Dass dies nicht so bleiben muss, beweisen aber die erfolgreichen Antifa-Kampagnen in Mittenwald und Schliersee. In Mittenwald nehmen mittlerweile immer weniger Teilnehmer an der die Opfer des Zweiten Weltkrieges verharmlosenden Veranstaltung teil, der Bürgermeister distanziert sich sogar öffentlich davon. In Schliersee waren die Proteste des „Bündnisses gegen die rechtsextremen Umtriebe im Oberland“ bereits im Vorfeld so energisch, dass die Veranstaltung im Vorhinein von der ausrichtenden Landsmannschaft abgesagt wurde.

Am 3. September findet in der „Ganzen Bäckerei“ um 19 Uhr eine Veranstaltung zu dem Ulrichsbergtreffen statt. In dem Vortrag wird genau auf die Hintergründe des rechten Treffens eingegangen und die Protestaktionen vorgestellt werden. Wer sich den Augsburger Antifaschisten anschließen möchte und am 15.9 ebenfalls an der Demonstration in Klagenfurt teilnehmen möchte, soll entweder zur Veranstaltung kommen oder sich unter aka_cr@gmx.de mit dem AK Antifa in Verbindung setzen.

j.c. ■

SJ von Volkslauf ausschließen!

Schneverdingen. Am 13.8.07 beschloss der Stadtrat gegen die Stimmen von SWG und Bürgermeister Kasch (CDU) eine Resolution, in der die lokalen Vereine aufgefordert werden, Rechtsextremismus nicht zuzulassen. Auch die CDU kritisierte heftig die Position des Bürgermeisters. Übrigens sind die 2 Ratsherren der SWG - Wählergemeinschaft als Gewerkschafter bekannt, Kuhnke früher als couragierter Betriebsratsvorsitzender, sein SWG-Kollege heute als Personalratsmitglied bei der Polizei.

In einem Beitrag im Rat zur Debatte um die Resolution, forderte der Grüne Christoffer Schmidt, die Resolution gerade dort umzusetzen, wo Ratsmitglieder in Vereinen Verantwortung tragen.

Nun ist SPD-Ratsherr H. J. Thömen auch Vorsitzender des TV Jahn, welcher Veranstalter des Volkslaufes am 25.8.07 ist. Vom DGB aufgefordert, die Kameradschaft „Snevern Jungs“ nicht zum Volkslauf zuzulassen – woran sie bereits 2005 und 2006 teilnahmen – antwortet er, dass das nicht möglich sei: „Dafür gibt es nach derzeitigen Erkenntnissen keine gerichtliche Handhabe“. Und weiter: „Wir werden jedoch einige Maßnahmen ergreifen, so dass gewährleistet ist, dass keine Abzeichen getragen werden, die eine Strafverfolgung nach sich ziehen“. (sh. Heide-Kurier 15.8.07 Seite 1 und 9)

Wenn Nazis trotz der Ratsresolution am Volkslauf teilnehmen können, bedeutet das, dass diese Resolution lediglich ein Papiertiger ist. Wenn Nazis trotz Resolution, trotz öffentlicher Forderungen ihre Teilnahme in welcher Verkleidung auch immer zu verhindern, am Volkslauf teilnehmen – dann hat das für die Nazis eine Propagandawirkung, verschafft ihnen Zuspruch bei potentiellen Anhängern und vergrößert ihren Einfluss. Demokraten, die meinen, eine papierne Resolution reicht, finden die Lacher auf Seiten der Nazis. Ernstgemeinter Antifaschismus muss zum eigenen Wort stehen. Nazis bekämpfen, ihnen keine Bühne bieten, heißt, sie politisch zu bekämpfen. Das ist der „Kampf um die Köpfe“, soziale Politik ohne Ausgrenzungen und Verhinderung der Möglichkeiten für Nazis. Nazis wie Demokraten geichberechtigt zu behandeln, heißt, ihre verbrecherische Ideologie als ganz „normal“ zu behandeln.

Bereits heute trauen sich etliche Menschen auch in Schneverdingen nicht, sich mit ihrem Gesicht und ihrem Namen gegen Nazis zu stellen, verzichten auf Leserbriefe, verstecken sich vor Nazi-Blicken bei Veranstaltungen. Diese Furcht ist leider gerechtfertigt. Schon zu oft haben Nazi-Gegner im Stillen und Dunkeln Drohungen oder Schläge erhalten.

Der Führer der „Snevern Jungs“, Matthias Behrens, wird in der NPD als möglicher Landtagskandidat für den Wahlkreis Soltau oder Fallingbostel gehandelt. Einen, problemlos vom Rathaus genehmigten, NPD-Stand gab es in Schneverdingen bereits am 9.6.07 – es war der erste in diesem Wahlkampf in ganz Niedersachsen und wurde von „Snevern Jungs“ durchgeführt.

Der TV Jahn ist gut beraten, die Kameraden nicht beim Volkslauf zuzulassen.

⟶

DORTMUND. Über tausend Bürger setzten am 1.9. bei zwei Gedenkveranstaltungen zum Antikriegstag ein Zeichen gegen Rechtsradikalismus und für Frieden. Mehr als 1000 Teilnehmer folgten dem Aufruf von Bündnis Dortmund gegen Rechts und Dortmunder Friedensforum zur gemeinsamen Kundgebung auf dem Platz der alten Synagoge vor dem Opernhaus. Rund 120 Menschen kamen zur Gedenkveranstaltung des DGB in die Alte Steinwache. Zu dem angekündigten Neonaziaufmarsch unter dem Motto kamen rund 400 Neonazis, die durch meist menschenleere Straßen zogen, begleitet lediglich von einer großen Anzahl Polizisten. Ihren Zug aus dem Hafengebiet über die Rheinische Straße nach Dorstfeld konnten die Rechten erst mit gut zwei Stunden Verspätung beginnen – sie schafften es lange nicht, die vorgeschriebene Anzahl unbescholtener Ordner zu stellen. Zudem mussten zahlreiche Teilnehmer ihr Erscheinungsbild ändern, da die Polizei die Veranstaltung sonst verboten hätte. Die Gegendemonstration des „Bündnis 28.03.“, an der rund 900 meist junge Menschen teilnahmen, wurde gegen 13 Uhr vor dem Opernhaus aufgelöst. Danach versuchten Antifaschisten, in Kleingruppen an den rechten Umzugsweg zu gelangen. Größtenteils blieb es aber beim Versuch, die Polizei hatte zahlreiche Straßensperren errichtet.

Quelle: www.westline.de, 2.9.07 ■



Antikriegstag 2007 im Zeichen des Afghanistankrieges



KASSEL. Mit mindestens 150 Veranstaltungen erinnert die Friedensbewegung am 1. September an den Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen und damit an den Beginn des Zweiten Weltkriegs, des verheerendsten Krieges der Weltgeschichte. Der Antikriegstag, vielerorts, vor allem im Osten, „Weltfriedenstag“ genannt, wird traditionell von den im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften und der Friedensbewegung begangen. 1957, also vor genau 50 Jahren, hat der DGB den Antikriegstag ins Leben gerufen. Das Spektrum der Veranstaltungsformen reicht von Lesungen über Friedensgottesdienste, Gedenk- und Mahnveranstaltungen, Podiumsdiskussionen bis hin zu Demonstrationen und Kundgebungen.

Die Antikriegsveranstaltungen zum 1. September haben sich nie darauf beschränkt nur den Blick zurück zu richten. Vielmehr kommt es darauf an, Lehren aus der Geschichte zu ziehen. Eine der Lehren lautet: „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“, eine Losung der überlebenden KZ-Häftlinge nach ihrer Befreiung durch die Alliierten der Anti-Hitler-Koalition. Deren Vermächtnis, dass nie wieder von deutschem Boden Krieg ausgehen dürfe, ist heute in der Außen- und Verteidigungspolitik Deutschlands in Vergessenheit geraten. Davon zeugte der NATO-Kriegs gegen Jugoslawien 1999, an dem sich Deutschland genauso beteiligte wie an dem sog. „Krieg gegen den Terror“, der seit 2001 in Afghanistan geführt wird. Seit der frühere Verteidigungsminister Struck die Losung ausgab, Deutschland werde auch „am Hindukusch verteidigt“, ist das Operationsfeld für die Bundeswehr der gesamte Globus. Vom Friedensauftrag des Grundgesetzes ist demnach nicht mehr viel übrig geblieben.

Und die jüngsten Entwicklungen im Inneren zeigen, dass auch der antifaschistische Auftrag des Grundgesetzes nicht mehr sehr ernst genommen wird. Wenn Ausländer oder Menschen anderer Hautfarbe durch die Straßen getrieben und verprügelt werden, wenn Alt- und Neonazis ihre menschenverachtende rassistische Ideologie ungehindert auf öffentlichen Plätzen unter dem Schutz der Polizei verbreiten dürfen und wenn junge Antifaschisten, Linke und Gewerkschafter an ihrem Protest dagegen behindert und kriminalisiert werden, dann ist das ein politischer und juristischer Skandal.

Eine Vielzahl der diesjährigen Veranstaltungen zum Antikriegstag befasst sich mit dem Krieg in Afghanistan und der deutschen Rolle dort. Angesichts der bevorstehenden Entscheidung im Bundestag über die Verlängerung der Bundeswehreinsätze wendet sich die Friedensbewegung an die Parlamentarier, diesen Einsätzen die Zustimmung zu versagen. Insofern kann der Antikriegstag als „Mobilisierungstag“ für am 15.9. stattfindende zentrale Demonstration der Friedensbewegung in Berlin angesehen werden. In vielen Städten werden dazu Materialien verteilt und Busfahrkarten (in NRW sogar Fahrkarten für einen Sonderzug) für die Fahrt nach Berlin verkauft.

Die Aktivitäten der Gewerkschaften vor Ort zum Antikriegstag stehen auf eigentümliche Weise in Kontrast zur friedenspolitischen Zurückhaltung der Vorstände der Einzelgewerkschaften und des DGB auf Bundesebene. Die Bundeswehr aus Afghanistan zurück zu holen, den Umbau der ursprünglich als reine Verteidigungsarmee konstruierten Bundeswehr in eine weltweit eingreiffähige Interventionsarmee zu stoppen, „Abrüstung statt Sozialabbau“ zu fordern, die Pläne des Innenministers Schäuble zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren zu bekämpfen – all das sind Forderungen, die dem DGB auch heute gut zu Gesicht stehen würden. Die Gemeinsamkeit zwischen Friedens- und Gewerkschaftsbewegung sollte nicht nur auf unterer Ebene geduldet, sondern auch „von oben“ tatkräftig unterstützt werden, wünscht sich der „Friedensratschlag“.

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag: Peter Strutynski (Sprecher) ■

→ Schon seit Längerem sind etliche überregionale Medien an den „Snevern Jungs“ interessiert. Und das gerade deshalb, weil sie nicht auf den ersten Blick als Schläger und Verbrecher zu erkennen sind, sondern weil sie mit ihrer Akzeptanzpolitik (Umweltaktionen, Preisskat,Blutspenden etc) als „nette Nazis“ von nebenan, sich ein gutes Image in der Mitte der Gesellschaft besorgen.

... Wie wäre es, wenn alle, die sich beim Volkslauf anmelden, die Rats-Resolution gegen Rechtsextremismus unterschreiben? Das ist gut gegen Nazis und gut für Schneverdingen!

H-D Charly Braun
Mitglied des DGB-Regionsvorstandes NO-Niedersachsen und Verantwortlicher des DGB-Niedersachsen für die Jugendarbeit des Landesjugendringes in Bergen-Belsen ■

Vom Weg der Erinnerung zum Zug der Erinnerung

Hamburger Arbeitsgruppe „11.000 Kinder“ erinnert an den Beginn der großen Deportationen aus Hamburg.

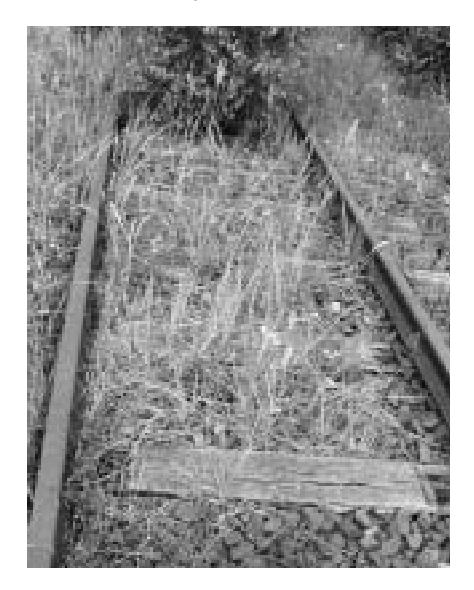
Von Helga Obens und Steffi Wittenberg

Drei Jahre war die bundesweite Initiative „Elftausend Kinder“ unermüdlich aktiv und hat die Erinnerung an die Deportationen dort gefordert, wo 11000 jüdische Kinder aus Frankreich und über drei Millionen andere Deportierte in die deutschen Vernichtungslager geschleust wurden – auf deutschen Bahnhöfen. Vorbild war eine Wanderausstellung auf französischen Bahnhöfen, durchgeführt mit Unterstützung der Staatsbahn SNCF von der Organisation Fils et Filles des Juifs Deportés de France von Beate und Serge Klarsfeld.

Doch was in Frankreich selbstverständlich war, wurde zwei Jahre lang von der deutschen Bahn AG verweigert – und erst der öffentliche Protest vieler Tausend Teilnehmer und das internationale Echo darauf haben das Ende des Gedenkverbots bewirkt. Am 27.1.2008 will die Bahn eine Ausstellung eröffnen, die auch Teile der französischen Ausstellung aufnehmen will. Konzipiert wird die Ausstellung von der Bahn AG in Zusammenarbeit mit dem Centrum Judaicum, dem Deutschen Technikmuseum, dem DB Museum und dem Ehepaar Klarsfeld. Details sind noch nicht bekannt. Aus der bundesweiten Initiative „Elftausend Kinder“ hat sich jetzt der gemeinnützige Verein „Zug der Erinnerung“ gegründet. Dieser Zusammenschluss deutscher Bürgerinitiativen wird einen Zug der Erinnerung durch Deutschland fahren lassen. Er hält auf den Bahnhöfen, durch die die deportierten Kinder auf ihrer letzten Reise geschickt wurden. Hintergründe werden in einem Ausstellungswagen gezeigt.

In einer Pressemitteilung heißt es: „Der gemeinnützige Verein ‚Zug der Erinnerung‘ hat bisher 12.089 deutsche Kinder und Jugendliche identifiziert, die bei den Deportationen im Reichsgebiet Opfer der NS-Rassenpolitik wurden. Ihr Leidensweg ist in der breiten deutschen Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet geblieben. Die bundesweite Zugstafette und das von ihr angeregte Gedenken soll ein Zeichen gegen Antisemitismus, nationalen Größenwahn und die extreme Rechte setzen.“

Schätzungen gehen davon aus, dass über eine Million Kinder und Jugendliche aus Europa mit der Reichsbahn in den Tod befördert wurden. Die Haupttäter wurden nie bestraft. Anregen will die Aktion auch zur regionalen Spurensuche, nach Zeitzeugen, Überlebenden, nach Fotos und Briefen der Kinder. Diese Dokumente sollen dann in einer symbolischen Aktion der KZ-Gedenkstätte Auschwitz übergeben werden.



Die Erinnerung kommt zum Zuge

In Hamburg arbeitet seit zwei Jahren eine Arbeitsgruppe „11.000 Kinder“, ein Bündnis von Organisationen und Initiativen, das vom Auschwitz-Komitee bis zur VVN-BdA und Gewerkschaft ver.di reicht. Nach einer viel beachteten Aktion am 6. Dezember 2006 vor dem Hamburger Hauptbahnhof bereitet die Arbeitsgruppe zum 25. Oktober 2007 eine weitere Gedenkveranstaltung vor, um an den Beginn der großen Deportationen aus Hamburg zu erinnern. Ausgangspunkt ist der Platz der Jüdischen Deportierten. Dort wird Steffi Wittenberg sprechen und auch an ihre Tanten Martha Markus und Emma Hinrichs und ihren Onkel Siegfried Marcus erinnern, die am 25. Oktober 1941 von Hamburg aus nach Litzmannstadt (Lodz) in den Tod deportiert wurden. Dann wird ein Demonstrationszug den „Weg der Erinnerung“ gehen und von der Moorweide über die Innenstadt und den Meßberghof (ehemals Sitz der Zyklon-B Hersteller Tesch und Stabenow) zum Lohseplatz ziehen. Dort, am ehemals Hannoverschen Bahnhof, wurden 1034 Menschen in einen Zug gepresst und verschleppt. Eine der wenigen 18 Überlebenden dieses Deportationszuges ist Lucille Eichengreen, damals Cecilie Landau. Esther Bejarano, Vorsitzende des Auschwitz-Komitees, wird den Demonstrationszug begleiten.

Während der gesamten Aktion werden die Namen der Deportierten gelesen. Wer nicht so lange laufen kann oder mag: Die Zwischenkundgebungen können mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht werden und möglichst genaue Zeiten werden im Vorfeld angekündigt.

Ziel dieser Aktion soll auch die Unterstützung des Zuges der Erinnerung des gleichnamigen Vereins sein, denn die Hamburger Arbeitsgruppe will den „Zug der Erinnerung“ auch durch Hamburg fahren lassen.

Die Arbeitsgruppe trifft sich regelmäßig im Gewerkschaftshaus.

Weitere Informationen unter: www.zug-der-erinnerung.eu. Kontakt über Email: AuschwitzKomitee@t-online.de ■

Zug der Erinnerung kommt

KARLSRUHE. Zu den DGB-Regionen, die den „Zug der Erinnerung“ aktiv unterstützen, gehört auch Mittelbaden-Schwarzwald. Zentrum der Region ist Karlsruhe. Nach unvollständigen Angaben wurden aus Karlsruhe über 70 Kinder und Jugendliche deportiert (Städte und Namen). Das örtliche „Gedenkbuch für die Karlsruher Juden“, das vom Institut für Stadtgeschichte verantwortet wird, geht von mehr als 90 jungen Menschen aus, die nie zurückkehrten.

Das interaktiv angelegte Buch „enthält neben den Namen der Toten Informationen zu der jeweiligen Person. Nach und nach sollen die Biografien der Toten von Karlsruher Bürgerinnen und Bürgern, von Jugendlichen oder Gruppen geschrieben und hinzugefügt werden. Dadurch wird das Buch im Laufe der Zeit wachsen als Zeichen der Empathie und Teilhabe“, heißt es auf der Webseite http://my.informedia.de/gedenkbuch.php?PID=2.

Zu den Karlsruher Opfern gehört die 1929 geborene Ruth Schäfer. Ihrer Familie gelang es, in die Niederlande zu emigrieren, als Ruth etwa 10 Jahre alt war. Wie viele andere Flüchtlinge wurde das Mädchen mit den Eltern bei „Judenrazzien“ verhaftet, die das deutsche Besatzungsregime anordnete. Ruth verbrachte mehrere Monate im Konzentrationslager

Westerbork. Am 12. Dezember 1942 gehörte sie zu den 757 Inhaftierten, die per Bahn in Richtung Auschwitz verladen wurden. Der Deportationszug erreichte das Lager am 14. Dezember. „Die Namen der Familienangehörigen erscheinen auf keiner Lagerliste (...), was nach



Vorne im Bild: Ruth Schäfer

Angabe des Instituts für Zeitgeschichte in München mit der Tatsache erklärt werden kann, dass es sich um einen ‚Gastransport' gehandelt haben muss. Das heißt, dass die als ‚nicht arbeitsfähig' selektierten Deportierten unmittelbar bei Ankunft (...) in die Gaskammer geschickt wurden."

Um Ruth Schäfer und aller anderen Karlsruher Deportierten zu gedenken, soll der „Zug der Erinnerung" Ende November für mehrere Tage in Mittelbaden parken. Die Voraussetzungen für eine intensive Beteiligung der Öffentlichkeit sind gut: Am Karlsruher Hauptbahnhof stehen Anschlussgleise des Regionalverkehrs zur Verfügung. Nach Zustand, Länge und Sicherheitslage eignen sie sich für den Aufenthalt von Schulklassen und Besuchern aus sämtlichen Teilen der Region.

Das an Karlsruhe anschließende Fahrtziel ist die Landeshauptstadt Stuttgart. Auch die DGB-Regionen Tübingen und Freiburg haben Interesse am „Zug der Erinnerung" signalisiert. In Stuttgart wurden über 40 Kinder und Jugendliche mit der „Reichsbahn" deportiert, in Freiburg wenigstens vier.

Auch in Mannheim laufen Vorbereitungen

Mannheim. Auf Einladung des DGB trafen sich in der vorletzten Augustwoche Vertreter Mannheimer Organisationen, um den Aufenthalt des „Zuges der Erinnerung" vorzubereiten. Aus Mannheim und Baden, der Pfalz und dem Saarland waren im Oktober 1940 über 6.500 jüdische Einwohner zusammengetrieben und nach Gurs (Frankreich) deportiert worden. Zu den Opfern dieser Transporte gehörte der junge Mannheimer Max Leiner. Er war 4 Jahre alt, als die Mannheimer Opfer über die Bahnhofsanlagen der Stadt auf der Südschiene (Karlsruhe-Stuttgart) das Internierungslager am Rande der Pyrenäen erreichten.

An diese Deportationen erinnert ein Schild am Hauptbahnhof der Stadt. Die Inschrift mit Kilometerangabe ist für Uneingeweihte nicht verständlich. Eine erklärende Schrifttafel fehlt. Gurs war ein Zwischenlager, da die großen Vernichtungsanlagen in Osteuropa zum Zeitpunkt der Deportationen noch nicht zur Verfügung standen.

Nachdem sich mehrere beteiligte Ministerien, darunter das Auswärtige Amt, auf der Berliner Wannsee-Konferenz verständigten, bis zu 11 Millionen Menschen zu ermorden (so Millionen Juden aus Polen und der Sowjetunion), wurden in die entstehenden Vernichtungslager auch die Deportierten aus Mannheim verlegt. Ihre Odyssee führte von Gurs über das besetzte Paris nach Saarbrücken und Auschwitz, Sobibor oder Belzec. Von den über 50 Mannheimer Kindern kehrte keines zurück.

Um den „Zug der Erinnerung" in Mannheim angemessen zu empfangen und seine Ausstellung über die europaweiten Deportationen insbesondere für Jugendliche zur Verfügung zu halten, prüfen die Organisatoren gegenwärtig mehrere Anschlussgleise in unmittelbarer Nähe des Hauptpublikumsverkehrs. Möglicher Zeitpunkt der Zugankunft in Mannheim ist die zweite Novemberhälfte.

www.zug-der-erinnerung.eu ■

Die Internationalen Brigaden – Texte – Bilder – Lieder

Bericht zu einer Veranstaltung am 4. August im „Collage" in Augsburg

Im Kampf der jungen spanischen Republik gegen den Faschismus spielten die Internationalen Brigaden eine außergewöhnliche und wichtige Rolle. Bis 40.000 Freiwillige aus über 50 Ländern kämpften im Spanischen Bürgerkrieg, zusammengefasst in den fünf Internationalen Brigaden, zwischen 1936 und 1938 an der Seite der Republik gegen die aufständischen Franco-Faschisten.

Über diese Zeit und die Rolle der Interbrigadisten, existiert heute eine Vielzahl an Literatur und Dokumentationen. Nach einer Untersuchung übertrifft die Literatur zum Spanischen Bürgerkrieg zahlenmäßig die zum Zweiten Weltkrieg. Zu tun hat dies sicher damit, dass sich viele Intellektuelle und Schriftsteller für den Bürgerkrieg engagierten. Zu den berühmtesten zählen sicher Ernest Hemingway oder George Orwell.

Eindrucksvoller Vortrag

Weniger berühmt aber mindestens genauso wichtig für die damalige Bewegung, waren Personen wie Hans Beimler, Ernst Busch oder Ludwig Rehm. Davon gehen zumindest die vier Augsburger Referenten Thomas Scheerer, Claudius Wiedemann sowie Stefan und Thomas Merk aus, welche am Freitag den 4. August im Flohmarktladen „Collage", einem interessierten Publikum die Rolle der Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg darlegten. Organisiert war die gut besuchte Veranstaltung von dem Träger des Ladens, dem SKM Augsburg. Dementsprechend gingen alle Einnahmen des Abends auch an die Wärmestube und in die Arbeit des Verbands, welcher sich schwerpunktmäßig um Obdachlose und straffällig gewordene Menschen kümmert. Der Vortrag war sehr anschaulich konzipiert.

Während sich einer der Referenten, der Uni-Professor Thomas Scheerer darauf spezialisierte die historischen Daten und Fakten zu vermitteln, wurden immer wieder die Ebenen gewechselt, so dass von den anderen drei Referenten auf Situationen und Personen des Bürgerkriegs genauer eingegangen werden konnte. Diese Mischung aus Geschichte und Ge-



schichten, erzeugte eine spannungsgeladene Atmosphäre. Einerseits wurden objektiv die historischen Zusammenhänge wiedergegeben, gleichzeitig aber ermöglicht, sich mit einzelnen Personen, wie etwa Willi Bredel, einem deutschen Interbrigadisten näher zu befassen. Illustriert wurde die etwa eineinhalbstündige Veranstaltung mit gut gewähltem Bildmaterial und Musik.

„Unsere Heimat liegt heute vor Madrid" (Ernst Busch)

Obwohl die Referenten bemüht waren, alle Phasen und Facetten des spanischen →

Bürgerkriegs gleichermaßen zu beleuchten, hoben sie doch ein Szenario besonders hervor: Die Schlacht um Madrid. Wochenlang wurde die spanische Hauptstadt von den Truppen umkämpft. In den besonders grausamen Straßenschlachten kamen Hunderte von Menschen ums Leben.

Trotz des unermüdlichen Einsatzes der Internationalen Brigaden, konnte letztendlich nicht verhindert werden, dass das



Bild: Hans Beimler (li) zusammen mit Ludwig Renn. Beimler saß Ende der 1920er Jahre für die KPD im Augsburger Stadtrat. Später kam er in das KZ Dachau. Von dort gelang ihm die Flucht. Am 1.12.1936 fiel er vor Madrid.

„Rote Madrid“ den Faschisten in die Hände fiel. Generell lag der Untergang der Spanischen Republik sicher aber nicht daran, dass die Internationalen Brigaden und die anderen kämpfenden Verbände sich während des Bürgerkriegs nicht genügend eingesetzt hätten. Neben den mangelnden Erfahrungen, der schlechten materiellen Ausstattung und den verheerenden Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Anarchisten zu Ende des Bürgerkriegs, war der Hauptgrund sicher, dass die Faschisten von Nazideutschland und dem mit ihm verbündeten Italien mit Waffen und Truppen unterstützt wurden.

Vergessene Kämpfer gegen den Faschismus?

Auch nach dem Ende des Bürgerkriegs, kam den Internationalen Brigaden keine Ehre zu Teil. Zumindest nicht in Deutschland. Hier warteten auf die Heimkehrer schon KZs und Zuchthäuser. Die Nachkriegsära und der Kalte Krieg taten ihr übriges dazu, dass die Internationalen Brigaden weiter in Vergessenheit gerieten. Da in der BRD die Rolle der Nationalsozialisten im Spanischen Bürgerkrieg nie wirklich thematisiert wurde, gerieten auch die Internationalen Brigaden in Vergessenheit. Anders sieht es im Ausland aus: In England und den USA zum Beispiel wurden die Kämpfer offiziell geehrt und werden heute noch als „Helden“ angesehen. *j.c.* ■

Bundeswehr untersagt Ehrung revolutionärer Matrosen

KÖLN/LEVERKUSEN. Die Kulturvereinigung Leverkusen e.V. – eine Vereinigung, die der Arbeiterkulturbewegung der Weimarer Republik entstammt – hatte für den 8. September 2007 eine Ehrung der beiden revolutionären Matrosen Albin Köbis und Max Reichpietsch vorgesehen, die vor 90 Jahren – am 5. September 1917 – in Köln-Porz-Wahn hingerichtet wurden.

Es wurde dazu ein bundesweiter Aufruf in Umlauf gebracht, der die Unterstützung von Menschen unterschiedlichster Auffassungen fand, die diese Kriegsgegner ehren wollten.

In einem Vorbereitungsausschuss wurden dann die anfallenden Fragen zur Ehrung und dem Programm besprochen. Da sich die Gräber der beiden hingerichteten Friedensfreunde auf dem Gelände der Luftwaffenkaserne in Köln-Porz-Wahn befinden, wurde mit der Bundeswehr Kontakt aufgenommen, um die Fragen des Zugangs zu den Gräbern zu erörtern. Bei einem Gespräch am 2. August 2007 erklärte die Bundeswehr erklärte, den Zugang zu den Gräbern prüfen zu lassen. Auf Nachfrage erhielt dann die Kulturvereinigung Leverkusen e.V. unter dem Datum vom 23. August eine Mitteilung des Kasernenkommandanten der Luftwaffenkaserne Wahn, in der es u. a. heißt:

„…Wie am 2. August 2007 zugesagt, habe ich die Voraussetzungen für die Durchführung der von Ihnen geplanten Gedenkveranstaltung sowie für den dafür erforderlichen Zutritt zur Luftwaffenkaserne WAHN geprüft. Insbesondere hatte ich darauf hingewiesen, dass politische Betätigung innerhalb einer Bundeswehrliegenschaft untersagt ist.

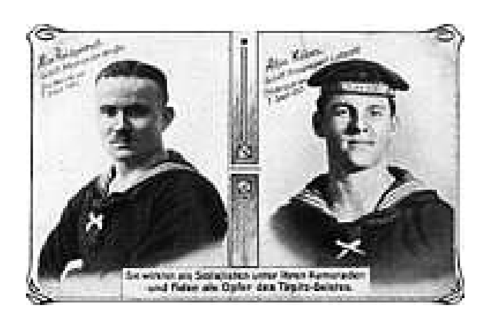
Da Ihre Vertreter am 2. August 2007 auf meine Frage hin nicht ausschließen konnten, dass bei der auf dem Friedhof geplanten Rede politische Themen angesprochen werden, stufe ich die von Ihnen geplante Gedenkveranstaltung als politische Veranstaltung bzw. als politische Betätigung in der Kaserne ein.

Meine Einschätzung stützt sich darüber hinaus auf das Flugblatt der DKP Köln/Porz/Poll, in dem zur Teilnahme an Ihrer Veranstaltung am 8. September 2007 aufgerufen wird. Ihren Antrag auf Durchführung der Veranstaltung am 8. September 2007 lehne ich daher ab. Den Zutritt zur Luftwaffenkaserne WAHN gewähre ich nicht….“

Die Kulturvereinigung Leverkusen e.V. erhob Einspruch gegen diese Entscheidung und wandte sich auch ans Bundesverteidigungsministerium, das sich allerdings ebenso uneinsichtig zeigte:

„Die Bundeswehr gedenkt an die Opfer von Krieg und Gewalt im Rahmen von Veranstaltungen zum Volkstrauertag. Dessen ungeachtet, kann ich das Interesse an den Feierlichkeiten zum Todestag der Matrosen Albin Köbis und Max Reichpietsch nachvollziehen. Leider sind Sonderveranstaltungen in den Kasernen der Bundeswehr grundsätzlich nicht vorgesehen. Nicht zuletzt wird aufgrund der nicht eindeutigen Trennung zwischen Gedenkfeier und politischer Veranstaltung von Sonderregelungen abgesehen.

Aufgrund dieser Feststellungen hat der Kasernenkommandant als Hausherr der Luftwaffenkaserne WAHN seine Entscheidung getroffen. Er ist für die Sicherheit und den störungsfrei verlaufenden Dienstbetrieb verantwortlich.



M. Reichpietsch auf dem Flaggschiff der Flotte „Friedrich der Große“ und A. Köbis auf dem Linienschiff „Prinzregent Luitpold“ waren beide Marineseeleute, die der Organisation der Antikriegsbewegung unter den Matrosen der kaiserlichen Hochseeflotte im Sommer 1917 beigetreten waren. Sie wurden wegen Meuterei und Hochverrat zum Tode verurteilt.
Am 5. September 1917 wurden die Todesurteile gegen Max Reichpietsch und Albin Köbis auf dem Schießplatz Wahn in Köln vollstreckt. Die Grabstätten befinden sich auf dem Gelände des heutigen Luftwaffenstandortes der Bundeswehr.

Sicherlich haben Sie dafür Verständnis und billigen die Entscheidung des Kasernenkommandanten. Es tut mir leid Ihnen keine positive Antwort auf Ihren Einspruch geben zu können.“

Die Kulturvereinigung Leverkusen e.V. hat – wie andere Mitorganisatoren – kein Verständnis für diese Entscheidung. Sie ruft alle Demokraten und Friedensfreunde dazu auf, sich am 8. September vor dem Kasernentor um 9.30 Uhr unter dem Motto: „Ehre allen Kriegsgegnern – Protest gegen das Bundeswehrverbot der Gedenkveranstaltung für Albin Köbis und Max Reichpietsch!“ zu versammeln. Anschließend findet um 11 Uhr in der Gaststätte Bonerath, Magazinstr. 22-24 in Porz, eine Gedenkveranstaltung mit Film und Vorträgen u. a. von Günter Judick, Dipl.Historiker, statt.

Kulturvereinigung Leverkusen e.V.
www.kulturvereinigung.de ■

Ausländerämter in deutscher Hand

HANNOVER. In den Ausländerbehörden von Niedersachsen und Bremen sind nur wenige Sachbearbeiter mit Migrationshintergrund beschäftigt. Das ergab eine Umfrage. In Hannover sind sieben von 70 Mitarbeitern ausländischer Herkunft, in Bremen und Osnabrück gibt es zwei Festangestellte. In Hildesheim und Celle sind dagegen keine Mitarbeiter mit Migrationshintergrund beschäftigt. Der Migrationsforscher Prof. Klaus J. Bade hatte gefordert, in Ausländerbehörden verstärkt nicht deutsche Mitarbeiter einzustellen, um auf die Bedürfnisse der Antragsteller besser eingehen zu können. Es gebe zwar viele Behörden, die sensible interkulturelle Integrationsarbeit leisten, betonte Bade. „Etliche Berichte wecken jedoch Zweifel an dem Verhalten von Mitarbeitern, die zum Beispiel unnötig autoritär mit den Antragstellern umgehen."

Quelle: „Hannoversche Allgemeine Zeitung" 08/07 ■

Nigerianer stirbt während Abschiebung

SPANIEN. Der Nigerianer Osamuyia Aikpitanhi ist am 9. Juni während der Abschiebung aus Spanien in sein Herkunftsland ums Leben gekommen. Er starb den Ergebnissen einer ersten Obduktion zufolge an Herzkreislaufversagen auf dem Flug nach Lagos. Unklar ist nach wie vor die Ursache des Kollapses. Spanischen Behörden zufolge brachten vier Beamte den 23-Jährigen, der sich gewaltsam gegen seine Abschiebung wehrte, an Bord einer Linienmaschine von Madrid nach Lagos und fixierten ihn dort. Zahlreiche Passagiere äußerten, dass Aikpitanhi während des Fluges geknebelt wurde. Eine genauere Untersuchung soll nun klären, ob der Tod durch Ersticken verursacht wurde.

Quelle: www.migration-info.de ■

Auswahlkriterien für Einwanderer

FRANKREICH. Der Anfang Mai gewählte französische Präsident Nicolas Sarkozy (UMP) will Einwanderer künftig stärker nach wirtschaftlichen Kriterien auswählen. In dem Anfang Juli veröffentlichen Antrittsschreiben an Brice Hortefeux (UMP), Minister für Einwanderung, Integration, nationale Identität und Entwicklungszusammenarbeit, forderte Sarkozy, dass künftig die Hälfte aller Zuwanderer nach wirtschaftlichen Kriterien ausgewählt werden. Derzeit liegt diese Zahl bei unter 10 %. Dagegen soll der Familiennachzug deutlich begrenzt werden. Er macht bisher rund 70 % der jährlichen Zuwanderung nach Frankreich aus. Sarkozy ist seit langem für sein Konzept der „gewählten Zuwanderung" bekannt- Mit dem Schreiben wurden jetzt erstmals konkrete Zahlen fixiert. Hortefeux soll sich an der Auswahlpraxis Großbritanniens und Kanadas orientieren, die Einwanderer nach bestimmten Kriterien wie Bildung, Alter oder Sprachkenntnissen auswählen.

Quelle: www.migration-info.de ■

Mittelmeerraum: Mindestens 10.000 Todesopfer im vergangenen Jahrzehnt

Mindestens 10.000 Menschen sind Experten zufolge in den letzten zehn Jahren auf dem Seeweg über das Mittelmeer von Afrika nach Europa ums Leben gekommen. Bei einer Anhörung im Europäischen Parlament (EP) Anfang Juli erklärte eine Gruppe von Fachleuten verschiedener Organisationen, bis zu 120.000 Boat-People versuchten jedes Jahr, das Mittelmeer auf der Suche nach einem besseren Leben in den Industrienationen zu überqueren.

Allein im Juni 2007 seien in der Straße von Sizilien insgesamt 210 Menschen ertrunken oder als vermisst gemeldet worden, sagte Paolo Artini vom Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR). Artini wies im Innenausschuss des EP auf offene rechtliche Fragen hin. Diese bestünden etwa bei der Seenot-Rettung im Hinblick auf die Zuständigkeit der Anrainerstaaten. Ferner kritisierte er die mangelhafte Zusammenarbeit der EU-Staaten. Dies führe zu drastischen Fällen von unterlassener Hilfeleistung.

Der Vorsitzende des Innenausschusses des EP Jean-Marie Cavada (Liberale) rief die EU-Staaten auf, ihre internationalen Verpflichtungen zur Rettung Schiffbrüchiger zu erfüllen. Vertreter Zyperns, Spaniens und Griechenlands forderten ein „System der geteilten Verantwortung". Weniger als 1 % der so genannten Boat-People, die nach Spanien kämen, beantragten Asyl, „die meisten kommen aus wirtschaftlichen Gründen", sagte der spanische Diplomat Eugenio Burgos Nieto vor dem Ausschuss.

Menouar Alem von der marokkanischen EU-Vertretung in Brüssel betonte, aufgrund einer engeren Zusammenarbeit mit Spanien sei die Zahl illegaler Ausreisen von Marokko nach Europa im vergangenen Jahr um 60 % gesunken. Seit die Wege von Marokko nach Spanien strenger kontrolliert würden, wagten viele Migranten die gefährlichere Überfahrt von der afrikanischen Westküste auf die Kanarischen Inseln. Auch auf dem Mittelmeer verschieben sich die Fluchtwege. In diesem Jahr kamen UNHCR-Experte Artini zufolge bisher 5.200 Menschen illegal nach Italien, etwa 30 % weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Mitte August erreichten weitere 300 Boat-People Italiens Küsten. Zugleich habe sich die Zahl der Ankömmlinge auf Malta mit rund 700 im Vergleich zu 2006 vervierfacht, so Artini.

Quelle: Migration-Info September 2007 - flucht@nds-fluerat.org ■

Weltweit mehr Flüchtlinge

Zum ersten Mal seit fünf Jahren ist die Zahl der Flüchtlinge weltweit wieder gestiegen. Nach Angaben der Vereinten Nationen waren Ende 2006 fast 10 Mio. Menschen auf der Flucht, 14 % mehr als 2005. Dies ist die höchste Zahl seit 2002, wie aus dem Mitte Juni veröffentlichten Jahresbericht des UN-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR) hervorgeht. Der Anstieg sei in erster Linie auf die Situation im Irak zurückzuführen, hieß es. Die größte Gruppe von Flüchtlingen stellen aber weiterhin die rund 2,1 Mio. Afghanen dar, die im Ausland leben. 686.000 Flüchtlinge stammen aus dem Sudan, 460.000 aus Somalia und je 400.000 aus dem Kongo und aus Burundi.

Quelle: www.unhcr.de ■

Weiterbildung für Polizistinnen und Polizisten

MÜNSTER. „Interkulturelle Kompetenz in der Polizeiarbeit – Schwerpunkt Libanon" war das Thema einer Veranstaltung, das im Rahmen der Entwicklungspartnerschaft Pro Qualifizierung vom Bereich Migration & Qualifizierung des DGB Bildungswerks in Kooperation mit dem Institut für Aus- und Fortbildung der Polizei in NRW vom 4. bis 6. Juni in Münster durchgeführt wurde.

Die Veranstaltung war eine Mischform aus Seminar und interkulturellem Training. In den Seminarteilen wurde über die Geschichte und aktuelle Situation Libanons informiert. Ein Schwerpunkt dabei war der Beginn des Bürgerkriegs Mitte der 1970er-Jahre, der das ehemals prosperierende Land – „Schweiz des Nahen Ostens" – in ein Chaos stürzte. Anschaulich gemacht wurde das auch durch den Film „West Beyrouth", der die eskalierende Lage am Beispiel einer Familie zeigt und so auch Auswanderung – oder besser: Flucht – thematisiert.

Gleichzeitig wurden die derzeitigen Beziehungen zu Israel, Syrien, und Iran beleuchtet und die Tatsache, dass Libanon selbst in großer Zahl palästinensische Flüchtlinge beherbergt.

Den anderen Schwerpunkt der Wissensvermittlung bildeten Informationen über die Libanesinnen und Libanesen in

Deutschland, von denen ein großer Anteil nur geduldet ist.

Anhand dieser Informationen konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nachvollziehen, was die Menschen bewegte, ihre Heimat zu verlassen. Ergänzt wurde dies durch ein Planspiel zum Thema Flucht. Dabei notierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer fünf Dinge, die sie mitnehmen würden, wenn sie innerhalb einer Stunde flüchten müssten. Auf der Flucht schließlich müssen sie sich von Dingen, die sie mitgenommen haben, trennen. Das Planspiel vermittelte einen Eindruck davon, was es bedeutet, die Heimat zu verlassen.

In dem Teil der Veranstaltung, in dem es um ein interkulturelles Training ging, wurde durch Übungen zum Beispiel verdeutlicht, was eine „kulturelle Brille" ist oder bei welchen Konflikten kulturelle Unterschiede eine Rolle spielen.

Für dieses Jahr sind noch zwei weitere Veranstaltungen dieser Art geplant, Schwerpunkte: russischsprachige Zuwanderer und Türkei/Islam.

Quelle: Publikation „Europa:Mobil August 2007" ■

Flüchtlingsrat fordert Abkehr von staatlicher Abschreckungspolitik gegen Flüchtlinge

NIEDERSACHSEN. Rassismus und rechte Gewalt sind auch in Niedersachsen verbreitet: Von Januar bis Juni 2007 sind insgesamt 339 Gewalttaten von rechten Schlägern registriert worden, bei denen 324 Personen verletzt wurden. Die meisten Gewalttaten wurden in Niedersachsen (58) verübt, danach folgen Sachsen (39), Nordrhein-Westfalen (36), Berlin (34), Brandenburg (33) und Mecklenburg-Vorpommern (23).

Es ist erfreulich, dass die offizielle Politik nach der Hetzjagd im sächsischen Mügeln ein entschlossenes Handeln gegen die Täter angekündigt hat. Das Problem des Rassismus in Deutschland lässt sich jedoch nicht auf Gewaltexzesse alkoholisierter Schläger reduzieren, es hat strukturelle Ursachen.

Flüchtlinge gehören zu denjenigen, die häufig von Gewalt und Diskriminierung betroffen sind. Kaum jemand macht sich jedoch die Mühe, mit den Betroffenen selbst zu sprechen. Eine vom Flüchtlingsrat Niedersachsen und PRO ASYL im Jahr 2006 erstellte Studie dokumentiert die Erfahrungen von Flüchtlingen in Deutschland.* Die Studie belegt, dass die Betroffenen nicht nur die Gewalt der Straße, sondern auch einen Rassismus von Beamtinnen und Beamten beklagen. Fast jeder zweite dunkelhäutige Flüchtling berichtet, dass er ständig von der Polizei angehalten und ohne ersichtlichen Grund, im Amtsdeutsch "verdachtsunabhängig", kontrolliert werde. Andere Flüchtlinge klagen über Restriktionen und schikanöse Behandlung auf den Ämtern.

Es liegt auf der Hand, dass es eine Wechselwirkung gibt zwischen dem staatlichen Umgang mit Flüchtlingen und der Behandlung, die Flüchtlinge durch Teile der Bevölkerung erfahren: Wenn die offizielle Politik Flüchtlinge ausgrenzt und diskriminiert, fühlen sich bestimmte Gruppen aufgerufen, die Vertreibung der Betroffenen in die eigene Hand zu nehmen. Daher müssen wir, wenn wir von Diskriminierung reden, auch die behördlichen und gesetzlichen Regelungen in den Blick nehmen, etwa:

- die Pflicht für Asylsuchende und Geduldete, einen bestimmten Wohnbezirk nicht zu verlassen (sog. Residenzpflicht),
- sozialrechtliche Benachteiligungen für Asylbewerberinnen, Asylbewerber und Geduldete durch das Asylbewerberleistungsgesetz, die zu einem Leben unterhalb des Existenzminimums führen,
- das (faktische) Arbeitsverbot für Asylsuchende und Geduldete,
- die Isolation von Flüchtlingen in separaten Lagern
- die gezielte Kontrolle dunkelhäutiger Menschen in der Öffentlichkeit.

Eine Politik, die Gewalt gegen Flüchtlinge und Migranten/innen verhindern will, muss die Betroffenen im Rahmen einer aktiven Integrationspolitik vom ersten Tag an in die Gemeinden einbeziehen. Die Abschreckungsmaßnahmen, die vor Jahren eingeführt wurden, um Flüchtlinge durch eine möglichst restriktive, trostlose Gestaltung der Lebensbedingungen aus Deutschland zu vertreiben, sind bis heute nicht überwunden. Sie sind Teil des Problems des Rassismus in Deutschland.

Presseerklärung des Flüchtlingsrats Niedersachsen vom 24.8.2007 zu Mügeln, gez. Kai Weber - 24.08.07 ■

**Die Studie ist abrufbar unter http://www.nds-fluerat.org/wp-content/uploads/2007/08/ru-112-adg.pdf*

Abschiebehaft größter Skandal der deutschen Asylpolitik

BERLIN. Zum „Gedenktag für die Todesopfer in Abschiebehaft" erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag:

Die Abschiebehaft ist der größte Skandal der deutschen Asylpolitik. Immer wieder werden Fälle bekannt, in denen Minderjährige, schwangere Frauen und traumatisierte Folteropfer in Abschiebehaft genommen werden.

Selbst Menschen, die noch im Asylverfahren sind, landen dort. Damit verstößt die Bundesrepublik ganz eindeutig gegen internationales Flüchtlingsrecht.

Statt von dieser Politik der Abschreckung und Einschüchterung endlich abzugehen, hat die Große Koalition sie noch gestärkt und ausgeweitet.

Mit der nun in Kraft getretenen Änderung des Aufenthaltsgesetzes können Mitarbeiter der Ausländerbehörden unliebsame Personen ohne vorherigen richterlichen Beschluss in Abschiebehaft nehmen. Bei Verstößen gegen das Aufenthaltsrecht, also einer Ordnungswidrigkeit, sieht das Gesetz den härtesten Eingriff in die Persönlichkeitsrechte vor: den Entzug der persönlichen Freiheit. Der Richtervorbehalt, der dieses Freiheitsrecht vor behördlicher Willkür schützen soll, ist nun für Flüchtlinge suspendiert. Ihre Suche nach Schutz endet hinter Gefängnismauern.

In der Abschiebehaft und ihrer Ausweitung zeigt sich zugespitzt der Charakter des deutschen Asylrechts: Flüchtlinge werden abgewehrt und nicht geschützt. Diejenigen, die dennoch kommen, werden sozial und rechtlich massiv diskriminiert.

Berlin, den 29. August 2007
Ulla Jelpke, MdB ■

Umsetzung des Bleiberechts weiter schleppend

BERLIN. Bis heute haben nur wenige bisher geduldete Flüchtlinge eine Aufenthaltserlaubnis nach dem Beschluss der Innenministerkonferenz (IMK) im November 2006 erhalten. Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. hervor. Die nun vorliegenden Zahlen mit Stand 30.6.2007 zeigen deutlich: der IMK-Kompromiss wird nur schleppend umgesetzt. Von über 70.000 Antragstellern haben bisher 14.353 eine Aufenthaltserlaubnis erhalten.

4.200 Anträge auf eine Aufenthaltserlaubnis wurden abgelehnt. 23.000 Anträge sind noch gar nicht entschieden.

Prekär ist die Lage vor allem für die 30.000 Antragsteller, die zunächst eine Duldung bis zum 30. September zur Arbeitssuche erhalten haben. Sie sollen eigentlich in einem deutlich vereinfachten Verfahren eine Arbeitserlaubnis erhalten. Doch in vielen Behörden scheint das noch nicht angekommen zu sein. Immer wieder berichten Betroffene, dass sie trotz Arbeitsangebot keine Arbeitserlaubnis bekommen. Ihre Bemühung um Integration läuft in die Leere deutscher Amtsstuben.

Der Unwillen der Minister, zu einer humanitären, großzügigen Regelung zu kommen, zwingt weiterhin zig-Tausende in einen unsicheren Aufenthaltsstatus.

Berlin, den 22. August 2007
Ulla Jelpke, MdB
Innenpolitische Sprecherin
Fraktion DIE LINKE
www.ulla-jelpke.de ■

Frankreich: Abschiebemaschine läuft auf vollen Touren

76tägiger Hungerstreik ging in Lille zu Ende

Beinahe, aber nur beinahe, könnte der französische Minister Brice Hortefeux einem Leid tun. Der 49-Jährige bekleidet seit Mai dieses Jahres das Amt des „Ministers für Immigration, Integration, nationale Identität und co-développement (= die Beziehungen zu den Herkunftsländern von Einwanderern)". Die Einrichtung dieses neuen Ministeriums, das alle Kompetenzen in Sachen Einwanderungspolitik bündeln und in Verbindung mit einem ominösen Konzept der „nationalen Identität" bringen sollte, war eines der Wahlversprechen von Präsident Nicolas Sarkozy im Frühjahr 2007.

Hortefeux stöhnt nun unter seiner gar so schweren Last: 125.000 „Aufgriffe von illegalen Zuwanderern" und 25.000 effektiv durchgeführte Rückführungen außer Landes müsse es im laufenden Jahr geben – so lautet der Auftrag, den Präsident Sarkozy ihm im Juli erteilt hat. Bereits in seiner eigenen Amtszeit als Innenminister (Mai 2002 bis März 2004, und nochmals von Juni 2006 bis März 2007) hatte Nicolas Sarkozy eine solch perverse Form von „Planwirtschaft" praktiziert. Erstmals hatte er 2002/03 jährliche Sollziffern für durchzuführende Abschiebungen aufgestellt, die bereits in ähnlicher Größenordnung (um 25.000 jährlich) lagen. Eine solche Logik ist im Prinzip völlig gesetzwidrig, da die geltenden Regeln für alle Fälle eine Prüfung der Einzelsituation auch von „illegalen" Einwanderern vorsehen, bevor diese eventuell abgeschoben werden können. Denn je nach individueller Situation können diese, wenn sie bestimmten Kriterien entsprechen (etwa Gefahr für Leib und Leben in ihrem Herkunftsland geltend machen können, oder Beziehungen familiärer Natur in Frankreich begründet haben), ein Recht auf Aufenthalt in Frankreich geltend machen. Zumindest müssen Gerichte ihre je individuelle Situation anhand von Texten (französischen Gesetzen und internationalen Abkommen), die allen Menschen einen Schutz ihrer Grundrechte garantieren, prüfen. Das verträgt sich eigentlich nicht mit der Vorabfestsetzung von „Sollziffern".

Hindernisse durch EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens

Minister Hortefeux jammerte nun Ende August – unglücklicherweise sei es heute für ihn schwerer, diese „Sollziffern" zu erfüllen, als es seinerzeit für den damaligen Innenminister Sarkozy gewesen sei. Zu dessen Amtszeit habe man die Zahlen erreichen können, indem man Rumänen und Bulgaren festnahm und abschob. Letztere hätten zu Sarkozys Innenministerzeiten allein 30 Prozent der jährlichen Anzahl der Abgeschobenen ausgemacht. Dies sei nun aber leider nicht mehr möglich, denn Rumänien und Bulgarien sind seit dem 1. Januar 2007 Mitgliedsländer der Europäischen Union.

Zwar genießen ihre Staatsbürger (ebenso wie die vieler osteuropäischer Neumitglieder der Union) keine Niederlassungsfreiheit in Frankreich und anderen Ländern Westeuropas. Jedoch genießen sie für die Dauer von drei Monaten volle Freizügigkeit in allen Staaten der EU; wollen sie jedoch länger bleiben, müssen sie einen gültigen Aufenthaltsgrund nachweisen. Dazu kann die Aufnahme einer Erwerbsarbeit dienen, aber nur, wenn der anzutretende Job einem „Mangelberuf" angehört – eine abschliebende Liste von Berufen, die für Rumänen und Bulgaren „offen" sind, ist per Regierungsdekret festgelegt worden. Den meisten rumänischen und bulgarischen Staatsbürgern, die derzeit für einen längeren Aufenthalt nach Frankreich einreisen, hilft dies. Denn es handelt sich oftmals um Roma, die in den beiden südosteuropäischen Ländern besonders heftiger Diskriminierung ausgesetzt sind und mitunter in einer Art von Ghettos leben. Ihnen fehlt es häufig an Schulbildung und beruflicher Qualifikation. Sie schlagen sich durch Gelegenheitsjobs oder auch Betteln in westeuropäischen Metropolen durch, verdienen dabei aber immer noch 5 bis 6 mal so viel, als sie mit Hilfsarbeiterjobs in ihren Herkunftsländern einnehmen könnten. Aussicht auf legale Aufenthaltstitel in Frankreich haben sie zwar nicht. Aber aufgrund der neuen Freizügigkeitsregel können sie auch ohne legalen Aufenthaltsgrund drei Monate lang „gesetzeskonform" auf französischem Boden bleiben. Diese Regel wenden sie nun meistens „schöpferisch" an, indem sie zwei Monate und 30 Tage in Frankreich bleiben, dann für einen oder zwei Tage an die rumänische/bulgarische Grenze fahren und ihren Pass abstempeln lassen, um danach wieder für die Dauer von zwei Monaten und 30 Tagen nach Frankreich zu kommen.

Beamteneifer durch Punktesystem angefeuert

Der „bedauernswerte" Hortefeux hat es also schwerer als der damalige Innenminister Sarkozy, seine Kontingente von Soll-Abschiebungen voll zu bekommen. Auch die ihm untergegebenen Polizisten jammern mitunter herum, dass es ihnen schwer fällt, an die Kennziffern heranzukommen. Dafür müssen sie nun doppelten Eifer an den Tag legen, etwa bei Gesichtskontrollen in als „Brennpunkte" definierten Stadtvierteln, bei denen systematisch nach „illegalen Zuwanderern" gesucht wird. Geholfen wird ihnen durch ein Punktesystem, das (im Falle des Bezirks Seine-Saint-Denis, nördlich von Paris) im Frühsommer publik wurde. Demnach erhält ein Polizist etwa einen Punkt, wenn er einen Falschparker oder Verkehrssünder erwischt, aber vier Punkte im Falle des Aufgriffs eines „illegalen Zuwanderers". Eine bestimmte Anzahl von Punkten eröffnet Aussichten auf eine Prämie, auf berufliche Beförderung... So sollen die Polizisten bei ihrer Arbeit, auch bei der „Drecksarbeit" der Verfolgung so genannter illegaler Einwanderer, motiviert werden.

Französische Polizisten bekommen in Conakry auf die Nüsse

Im Laufe des Sommers jedoch taten sich so einige „Widrigkeiten" auf, die die Uniformträger an der reibungslosen Abwicklung ihres Geschäfts hinderten. So empörte sich ein Teil der französischen Öffentlichkeit, als am 9. August im nordfranzösischen Amiens (Picardie) ein 12-Jähriger aus einer russisch-tschetschenischen Familie auf der Flucht vor Polizisten aus dem vierten Stock stürzte und dabei schwer verletzt wurde. Iwan, so hieß der Junge hatte seinem Vater folgen wollen, der sich beim Herannahen der Beamten durch ein Fenster und über einen Balkon abgesetzt hatte, um der drohenden Abschiebung zu entgehen. „Großzügig" kündigte der zuständige Minister Hortefeux an, der Familie eine sechsmonatige vorübergehende Aufenthaltsgenehmigung zu erteilen, damit der schwer verletzte Junge in Frankreich operiert werden könne. Diese als humanitär verkaufte Geste kam aber wiederum nicht so gut an. Nunmehr hat der Minister für Einwanderung & nationale Identität seine „Großzügigkeit" so weit getrieben, dass er der Familie „für die gesamte Dauer der Genesung des Jungen" von seinem Sturz den Aufenthalt in Frankreich gewähren möchte.

Am 16. August dann erlebten sechs französische Polizisten, die einen Flug mit zwei Abschiebehäftlingen bei ihrer Rückführung ins westafrikanische Guinea begleiteten, einen unangenehmen Moment. Die französische Grenzpolizei (PAF, Police aux frontières) selbst gab dazu genau eine Woche später ihre Informationen bekannt. Da die Abschiebekandidaten – wie oftmals üblich – auf relativ brutale Art und Weise an Bord geschafft worden zu sein scheinen, sollen Passagiere des Linienflugs nach Conakry sich zunächst der Abschiebung widersetzt haben. Per Handy, so lautet die Version der französischen Behörden, hätten sie dann ein „Empfangskomitee" in Guineas Hauptstadt Conakry auf die Beine gestellt. Bei der Ankunft um 04.30 Uhr früh in Conakry bekamen die sechs französischen Beamten (die in Zivil und unbewaffnet waren) dann von „ihren"

beiden Abschiebehäftlingen sowie einer umstehenden Menge tüchtig auf die Nüsse. Die Beamten sollten „mit Händen und Fußtritten" traktiert worden sein, so das Ministerium Hortefeux'. Schlimmer noch: Anwesende guineeische Polizisten sollen sich sogar selbst beteiligt haben. Eine guineeische Polizistin soll den französischen Beamten zugerufen haben: „Der Kolonialismus ist vorbei!" (Vgl. u.a.: http://tempsreel.nouvelobs. com /actualites/societe/20070823.OBS1750/des_policiers_molestesen_ramenant_des_guineens_expulses.html?idfx=RSS_notr)

Inzwischen hat das Ministerium Hortefeux' die sechs Beamten der Grenzpolizei aufgrund ihrer „Tapferkeit im Dienst" mit einer Medaille ausgezeichnet. Die guineeischen Behörden kündigten nach einer diplomatischen Protestnote aus Paris eine Untersuchung an, und verurteilten die – tatsächliche oder angebliche – Beteiligung ihrer Beamten. Letztere wurde allerdings auch dementiert, zugunsten einer Version, derzufolge die guineeischen Polizisten ihre französische Kollegen vielmehr „in Sicherheit gebracht" hätten. Am 28. August traf sich der französische Minister Hortefeux dann mit dem Premierminister Guineas, Lansana Kouyaté. Hortefeux nahm dessen Erklärungen positiv auf „und bedauerte seinerseits, dass Guinea nicht ordnungsgemäß informiert wurde. Künftig sollten die Rückführungen besser koordiniert werden. Kouyaté habe angekündigt, dass der guineische Außenminister demnächst zur Unterzeichnung eines Abkommens nach Frankreich reisen werde", informiert uns dazu Conni Gunsser vom Flüchtlingsrat Hamburg.

Hungerstreik in Lille nach 76 Tagen beendet

Die sechs Abgeschobenen kamen aus Lille, wo sich insgesamt 60 Staatsbürger Marokkos, Algeriens und Guineas seit dem 15. Juni dieses Jahres an einem Hungerstreik zur Durchsetzung ihrer „Regularisierung" (d.h. Legalisierung ihres Aufenthalts) beteiligten.

Lille ist seit längerem ein Zentrum des Protests der Sans papiers. Das „Komitee der Sans-papiers im Département Nord" (CSP59; die 59 entspricht der Nummer des Bezirks in der Liste der französischen Départements) gehört zu den mit Abstand kämpferischsten Selbstorganisationen von Einwanderern in Frankreich.

Um dessen Widerstandswillen zu brechen, hatte die französische Zentralregierung einen neuen Präfekten „mit harter Hand" nach Lille entsandt: Daniel Canepa. Dieser war nun seit dem Frühsommer mit dem insgesamt 13. Hungerstreik von Sans papiers seit dem Jahr 2004 konfrontiert – die Hungerstreikwaffe ist oft das letzte „Instrument", das illegalisierte Einwanderer überhaupt noch einsetzen können. Seine Amtsvorgänger waren durch die aufeinanderfolgenden Hungerstreiks im Département Nord immer wieder dazu getrieben worden, in (un)regelmäßigen Abständen Aufenthaltspapiere für die Teilnehmer/innen herauszurücken. Dem sollte der neue Präfekt Canepa nun ein Ende setzen. „Statt der Regel ‚Hungerstreik bedeutet Legalisierung' gilt nun eine neue Regel: ‚Hungerstreik bedeutet Abschiebung'" tönte der neue Amtsinhaber markig. (Vgl. http://www.lavoixdunord.fr/journal/VDN/2007/08/23/REGION/ART724033.phtml) Noch nach mehrwöchigem Hungerstreik ließ der Präfekt im August Teilnehmer, die körperlich sehr geschwächt waren, festnehmen und/oder abschieben. Hungerstreikende, die vor Krankenhäusern in Lille campierten, wurden abgeräumt und vor einen Untersuchungsrichter gebracht, wo Polizisten die Abgemagerten stützen mussten, damit sie nicht umkippten. 20 Abschiebungen von Teilnehmern, überwiegend nach Guinea sowie nach Marokko, wurden noch nach mehrwöchigem Hungerstreik durchgeführt.

Doch der politische Druck, den u.a. täglich durchgeführte Demonstrationen in Lille auslösten, wuchs. Am 14. August gab die Präfektur eine Vereinbarung bekannt, die sie mit sechs Initiativen geschlossen hatte, von der das CSP59 – das den Behörden als „zu radikal" gilt und nicht als Verhandlungspartner akzeptiert wird – jedoch ausdrücklich ausgeschlossen blieb. Dem Abkommen zufolge sollte zunächst der Hungerstreik eingestellt werden. Sodann sollten die Dossiers von gut 20 Personen nochmals „wohlwollend" untersucht werden, um zu prüfen, ob sie nicht doch einem der gesetzlichen Legalisierungskritierien unterfallen könnten.

Ausgeschlossen bleiben aber sollten sowohl die bereits Abgeschobenen, als auch rund 10 Personen, die zwar als Sans papiers am Hungerstreik teilnahmen, aber nicht im Département Nord wohnhaft waren. Ferner sollten zwei Personen, gegen die in Frankreich ein Strafverfahren wegen Gesetzesverstößen lief – das aber inzwischen eingestellt ist –, sowie 18 Personen im Asylverfahren aus dem „Legalisierungsprozedere" ausgeschlossen bleiben.

Die Hungerstreikenden und das CSP59 lehnten dieses Abkommen, das ohne ihre Zustimmung ausgehandelt worden war, jedoch ab und setzten ihre Aktion fort. Doch allmählich näherte sich der Zeitpunkt, an dem der Hungerstreik für manche Beteiligte einen lebensbedrolichen Zustand auszulösen drohte.

Zwei andere Initiativen, die Liga für Menschenrechte (LDH) und die Antirassismusorganisation MRAP, handelten deshalb ein neues Abkommen mit der Präfektur aus – dieses Mal in Abstimmung mit den Sans papiers selbst, die das letzte Wort behalten sollten. Am 30. August wurde die neue Vereinbarung (mit 56 von 58 Stimmen der Hungerstreikenden, wobei auch die bereits Abgeschobenen telefonisch konsultiert woren waren) angenommen. Im Unterschied zum ersten „Kompromiss" können dieses Mal auch jene Betroffenen, die einen Asylantrag gestellt haben, von der durch die Vereinbarung garantierten „Neuaufnahme des Legalisierungsverfahrens" profitieren, falls ihr Asylantrag abgelehnt wird.

Garantien gibt es jedoch keine: Zugesagt hat die Präfektur nur, dass sie die Einzelfälle anhand der gesetzlich definierten Kriterien (familiäre Bindungen, Integration in die französische Gesellschaft, ..) "wohlwollend" auf eine mögliche Legalisierung hin prüfen wird. „Es könnte Abschiebungen geben", erklärte Präfekt Canepa im Hinblick auch auf ehemalige Hungerstreikende. Alles in allem ging es ihm aber vor allem darum, „das Gesicht zu wahren" und nicht den Eindruck zu erwecken, er habe auf der ganzen Linie nachgegeben – um nur ja nicht schon den nächsten Hungerstreik anzubahnen. Wie die Kriterien nun konkret ausgelegt werden, das wird die nähere Zukunft erweisen müssen.

Bernhard Schmid, Paris ■

:ankündigungen

„Searchlight"

Neue Veranstaltungsreihe beleuchtet Schnittstellen zwischen Konservatismus und extremer Rechten

MÜNSTER. Am 6. September startet eine monatliche Veranstaltungsreihe „Searchlight – antifaschistische Bildungsreihe". Die Veranstalter, die Antifaschistische Bildungsinitiative Münsterland und die Antifaschistische Aktion Münster, wollen vor allem Schnittstellen zwischen Konservatismus und extremer Rechten beleuchten. In den Blick genommen werden Organisationen, die sich im Grenzbereich von extremer Rechten und etablierter Politik bewegen wie die Vertriebenenverbände oder die Burschenschaften.

Die erste Veranstaltung am Donnerstag, den 6. September wirft einen Blick auf die so genannten Vertriebenenverbände, die jedes Jahr im September ihren „Tag der Heimat" abhalten. Für den Referenten Gerd Alt vom Verein „Argumente und Kultur gegen Rechts" sind sie „das zentrale Organisationsgeflecht, in der völkische Ideologie nach 1945 konserviert und aktualisiert wurde." Die folgenden Veranstaltungen werden sich mit noch lebenden NS-Tätern, studentischen Verbindungen und der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit" beschäftigen.
Die Veranstaltungen finden jeden ersten Donnerstag im Monat um 20.00 Uhr im Internationalen Zentrum „Die

Brücke“ der Universität Münster statt. Mitglieder extrem rechter Parteien und Organisationen sind von der Teilnahme ausgeschlossen.

Die Termine:

Pressure-Groups für eine völkische Außenpolitik? Zur Politik der Vertriebenenverbänden
mit Gerd Alt (Argumente und Kultur gegen Rechts e.V.)
Donnerstag, 6. September 2007, 20.00 Uhr
„Die Brücke“ - Internationales Zentrum der Uni Münster Wilmergasse 4, Münster

Deutsche Kriegsverbrechen in Italien – Prozesse und Verurteilungen in Italien – Straflosigkeit in der BRD?
mit dem Netzwerk „Opfer entschädigen – Täter bestrafen: Jetzt!“
Donnerstag, 4. Oktober, 20.00 Uhr
„Die Brücke“ - Internationales Zentrum der Uni Münster Wilmergasse 4, Münster

Elitäre Männerbünde – Zum Verbindungswesen an den Hochschulen
mit Jörg Kronauer (freier Journalist)
Donnerstag, 1. November, 20.00 Uhr
„Die Brücke“ - Internationales Zentrum der Uni Münster Wilmergasse 4, Münster

Nation statt Demokratie. Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“
mit Helmut Kellershohn (Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung)
Donnerstag,06. Dezember 2007 20.00 Uhr
Kulturkneipe F24 (Hinterraum) Frauenstraße 24, Münster

Antifaschistische Initiative Münsterland - Antifaschistische Aktion Münster, http://muenster.antifa.net

Appell der FIR als „Botschafter des Friedens“: Abrüstung und Kooperation – nicht militärische Aufrüstung und Verschärfung regionaler Spannungen – heißt das Gebot der Stunde

In diesen Tagen jährt sich zum 20. Mal die Ernennung der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) zum „Botschafter des Friedens“ durch die Vereinten Nationen. Die Verpflichtungen aus dieser Ernennung sind bis heute aktuell geblieben.

Auch 68 Jahre nach der Entfesselung des zweiten Weltkriegs mit dem deutschen Überfall auf Polen und über 60 Jahre nach dem Ende des Weltenbrands müssen wir feststellen, dass der Frieden nicht sicherer geworden ist. Es sind nicht allein die Kriege im Irak und Afghanistan oder die militärische Konfrontation im Nahen Osten, auch in Europa sehen wir gefährliche Entwicklungen:

Zum Einen sind es die Pläne der US-Regierung, auf dem Territorium der Tschechischen Republik und in Polen ein System von Raketenwaffen zu errichten, die gegen eine angebliche Bedrohung aus dem Iran gerichtet sein sollen, faktisch jedoch die militärischen Spannungen in Mitteleuropa erhöht. Die geplanten Radaranlagen ergänzen die Spionageeinrichtungen des amerikanischen Auslandsgeheimdienstes und von Radio Free Europe und die Raketen selber haben eine Reichweite, mit der alle Ziele westlich des Urals erreicht werden können. Ergänzt durch die Tatsache, dass – laut Aussage des Untersuchungsberichts der EU – der amerikanische Geheimdienst viele Jahre illegale Gefängnisse in Mitteleuropa betreiben konnte, sehen wir hierin ein weiteres Beispiel für eine aggressive Außenpolitik – begründet durch den angeblichen Kampf gegen Terrorismus und „Schurkenstaaten“ wie Iran, Nordkorea und Kuba.

Die FIR unterstützt den Widerstand der tschechischen und polnischen Friedenskräfte gegen diese Aufrüstungsmaßnahmen, die zu einer Verschärfung der Spannungen in Europa führen.

Zum Zweiten sehen wir mit großer Sorge die Bestrebungen der USA und der EU, den Separatismus im ehemaligen Jugoslawien gegen die Interessen von großen Minderheiten durch die Forcierung der Ablösung des Kosovo voranzutreiben. Man versucht, eine UN-Resolution gegen die Interessen eines souveränen Mitglieds der Vereinten Nationen durchzusetzen.

Die FIR unterstützt die Warnung des serbischen Partnerverbands SUBNOR, dass eine Abtrennung des Kosovo gegen den Willen der serbischen Staatsautorität und unter Missachtung der Minderheitenrechte zu neuem Nationalismus führen und die Gefahr von gewalttätigen Auseinandersetzungen schüren wird.

Die FIR ist sich ihrer Verantwortung als „Botschafter des Friedens“ der Vereinten Nationen auch heute bewusst. Sie appelliert an alle Mitgliedsstaaten der UNO, gegen solche Bedrohungen einer friedlichen Entwicklung aktiv zu werden. Sie unterstützt die Aktivitäten der internationalen Friedensbewegung gegen Aufrüstung und regionalen Chauvinismus.

Michel Vanderborght, Präsident
Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär ■

FÉDÉRATION INTERNATIONALE DES RÉSISTANTS (FIR) - ASSOCIATION ANTIFASCISTE
Sekretariat: Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR), Franz-Mehring-Platz 1, D-10243 Berlin, e-mail: bundesbuero@vvn-bda.de, Internet www.fir.at
Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) wurde vom Generalsekretär der Vereinten Nationen zum «Botschafter des Friedens» ernannt. Sie besitzt NGO-Status bei der UNESCO, Paris, der ständigen Kommission der UNO, Genf, und dem Europarat, Strasbourg.

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Der GNN-Verlag zieht um:

Ab 27. September wird der GNN-Verlag neue Räume in Köln-Ehrenfeld beziehen. Damit ändert sich auch die Adresse für die Redaktion der Antifaschistischen Nachrichten und den Förderverein Antifaschistische Nachrichten:

GNN-Verlag
Venloer Str. 440 (Toscana-Passage)
50825 Köln

Telefon, Fax und email-Adressen bleiben unverändert.

Bürgermeister von Mügeln in der Jungen Freiheit

Junge Freiheit, Nr. 36, 31.8.2007

Dass der FDP-Bürgermeister Gotthard Deuse der Jungen Freiheit ein Interview gegeben hat, vermeldete auch die Presse. Auffallend an dem Interview ist, dass der Bürgermeister sehr wohl wusste, wem er das Interview gegeben hat. Er benutzt gar die Junge Freiheit als Forum, um die Inder zu belasten. Was sagte er aber genau? Hier der O-Ton:

„Frage: Herr Deuse, von einer ‚Hetzjagd auf acht Inder in Mügeln, die schließlich verprügelt wurden‘, sprechen seit Tagen die meisten Medien und Politiker. Sie aber sagen: ‚So war das gar nicht.‘

Deuse: Tatsächlich stand die Prügelei, bei der die Inder – und vier Deutsche – verletzt wurden, nicht am Ende, sondern am Anfang der Geschehnisse. Daraus erst ergab sich dann offenbar die Flucht in die Pizzeria Picobello. Um nicht missverstanden zu werden: Ich verurteile jede Form der Gewalt auf das schärfste! Aber es ist schon ein Unterschied, ob die Inder unschuldig und aus fremdenfeindlichen Motiven überfallen, gejagt und dann verprügelt wurden, wie das jetzt von den meisten Medien dargestellt wird. Ober ob sich in einem Festzelt eine an sich unpolitische Prügelei entsponnen hat – an deren Entstehen die Inder überdies möglicherweise Anteil hatten. Und die dann in einer Flucht mündete, in deren Verlauf aus Wut dumme und unsägliche Parolen gerufen wurden – wobei noch nicht einmal geklärt ist, ob das wirklich die Tatbeteiligten waren oder irgendwelche trittbrettfahrende Zaungäste.

Ich sage nicht, dass es so war, ich sage nur, keiner weiß, ob es vielleicht nicht so war, und deshalb hat auch keiner das Recht, in dem Fall vorschnell politisch zu urteilen ...

Frage: Laut ‚Financial Times Deutschland‘ haben Sie die erschollenen ‚Ausländer raus!‘-Rufe! mit Worten kommentiert: ‚Solche Parolen können jedem mal über die Lippen kommen.‘

Deuse: Und ich habe ausdrücklich angefügt, dass ich das nicht gutheiße! Der FTD-Journalist, dem ich das gesagt habe, musste auf Nachforschungen der Bundesgeschäftsstelle meiner Partei zugeben, dass er diesen Nachsatz unterschlagen hat!“

Bolko Hoffmann ist gestorben

Junge Freiheit, Nr. 36, 31.8.2007

Das Blatt veröffentlicht einen Nachruf auf den verstorbenen Börsianer Bolko Hoffmann, Gründer und Vorsitzender der Pro-DM-Partei. Dort heißt es u.a.: „Im Frühjahr 2003 kam es zu Gesprächen zwischen Hoffmann und dem aus der FDP ausgetretenen Jürgen Möllemann über eine mögliche Zusammenarbeit, denen Möllemanns Fallschirmtod eine jähes Ende setzte.“

Peter Scholl-Latour wirbt

Junge Freiheit, Nr. 36, 31.8.2007

Der Journalist Peter Scholl-Latour wirbt mit seinem Konterfei für die Große-Abo-Kampagne der Jungen Freiheit mit folgendem Zitat:

„Die JF bedeutet für mich, dass es noch unabhängige Geister in der deutschen Medienlandschaft gibt und Journalisten, die das Risiko eingehen, gegen den Strom zu schwimmen.“ *jöd* ■

„Herzlichen Glückwunsch und weiter so, Herr Deuse!“

Die sächsische NPD-Fraktion hat dem Mügelner Bürgermeister Gotthard Deuse zu seinen Aussagen, die dieser in dem Interview mit der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ machte, gratuliert. Fraktionsvorsitzender Holger Apfel:

„Endlich mal ein Volksvertreter, wie man ihn sich wünscht und der es nicht zuläßt, daß durch eine schmutzige Rufmordkampagne die Bürger einer sächsischen Stadt pauschal zu Gewalttätern umgefälscht werden. Deshalb sagen wir Nationaldemokraten: Herzlichen Glückwunsch und weiter so, Herr Deuse! Es hat in Deutschland nämlich mittlerweile Seltenheitswert, daß sich ein Politiker vor die eigenen Bürger stellt und deren Ehre schützt.“ Und weiter: „Vor dem Hintergrund der unverschämten Angriffe der etablierten Politik auf die Bürger von Mügeln und ihren Bürgermeister ist es für uns Nationaldemokraten eine Selbstverständlichkeit, Solidarität mit den zu Unrecht angegriffenen zu zeigen. Gestern ist ein Brief meines Fraktionskollegen Winfried Petzold an alle Einwohner von Mügeln und der umliegenden Orte verteilt worden, in dem wir den Mügelnern die wahren Motive für die mediale Hetzjagd ... schildern!“

In diesem Brief heißt es unter anderem: „Es sprechen einige Indizien dafür, daß die Ereignisse auf dem Stadtfest tatsächlich ganz anders verlaufen sind, als in der Medienberichterstattung dargestellt. Warum wird zum Beispiel verschwiegen, daß bei den Geschehnissen auch drei Deutsche verletzt wurden? ... Statt dessen werden nur die acht verletzten Inder als Opfer herausgestellt! Warum diese Einseitigkeit?

Die Antwort liegt auf der Hand: Deutsche dürfen nur Täter, Ausländer nur Opfer sein – nur so darf über einen Vorgang berichtet werden. ... Deutschland soll als ein Land erscheinen, in dem Ausländer ‚gehetzt‘, ‚verfolgt‘ und ‚ermordet‘ werden. Die Deutschen dürfen kein positives Nationalbewußtsein mehr haben – sie sollen sich statt dessen als ewige Schuldgemeinschaft fühlen. Und: Wer sich ewig schuldig fühlt, der ist erpreßbar! Wer sich schuldig fühlt, der kann politisch gesteuert und gelenkt werden, auch gegen seine ureigensten Interessen.“

Quelle: Website der NPD ■

NPD reagiert auf Verbotsdiskussion

Der Leitantrag des SPD-Parteivorstandes zum Bundesparteitag in Hamburg – SPD Pressemitteilung Nr.451/07 – habe in der NPD Empörung ausgelöst, heißt es in einer Pressemitteilung der NPD. Die Rechtsabteilung habe „den Auftrag, die Genossen abzumahnen und eine Klage vorzubereiten“. Gleichzeitig wird eine Demonstration der NPD gegen den „Lügenparteitag“ der SPD in Hamburg angekündigt. Man müsse „den roten Lügnern entgegentreten.“

NPD-Pressestelle, 29.8.2007 ■